

Konzernabschluss 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	Seite 1
Konzernbilanz	Seite 22
Konzerngewinn- und -verlustrechnung	Seite 24
Konzernanhang	Seite 25
Entwicklung des Konzernanlagevermögens	Seite 46
Konzerneigenkapitalspiegel	Seite 48
Konzernkapitalflussrechnung	Seite 50
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 52

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Unter dem Dach der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), werden im LVV-Konzern die Energieversorgung einer prosperierenden Stadt, die Bereitstellung von Wasser und die umweltgerechte Entsorgung von Abwasser sowie die Organisation eines umweltfreundlichen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sichergestellt. Die Leistungen der einzelnen Geschäftsfelder werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen innerhalb des LVV-Konzerns erbracht. Dabei bewegt sich dieser auf regulierten Märkten wie der Wasserver- und Abwasserentsorgung und dem Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie auf wettbewerblichen Märkten wie der Versorgung mit Energie- und Mobilitätsdienstleistungen. Im Rahmen des polnischen Engagements versorgt die Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Cieplnej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen (GPEC), zusammen mit ihren Tochterunternehmen die Regionen um die nordpolnischen Städte Gdańsk und Sopot mit Wärme.

1.2 Ziele und Strategien

Die Konzernstrategie gibt Finanz-, Markt-, Prozess- und Mitarbeiterziele vor, legt Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder fest und richtet die Verzinsung für das eingesetzte Kapital am Rendite-Risiko-Profil der jeweiligen Geschäftstätigkeit aus.

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat im Jahr 2008 für die LVV dezidierte Eigentümerziele beschlossen. Die Konzernstrategie der LVV basiert stets auf diesen Zielen. Im Jahr 2016 wurde die Konzernstrategie „Leipziger 2020“ im Aufsichtsrat beschlossen. Ende 2018 wurde eine Konkretisierung der Konzernstrategie durch den Aufsichtsrat beauftragt und im Jahr 2019 im Konzern erarbeitet sowie mit der strategischen Planung und Wirtschaftsplanung vorgelegt. Auf Basis dieser Konkretisierung sollen die Eigentümerziele der Stadt Leipzig in den Märkten der Daseinsvorsorge auch zukünftig erreicht werden.

Dabei baut die Konzernstrategie auf den bestehenden Einzelstrategien der Tochterunternehmen auf und wird durch eine gemeinsam erarbeitete Konzernperspektive auf Basis der Eigentümerziele komplettiert. Die Überarbeitung erfolgte durch die relevanten Fachbereiche in einem gemeinsamen Strategiekreis. Die Zwischenergebnisse aus diesem Prozess wurden im Aufsichtsrat validiert. Auf Basis der Ergebnisse wurden anschließend die Handlungsfelder inhaltlich weiterentwickelt. Die gemeinsamen Handlungsfelder sind Markt, Investitionen, Arbeitswelten, Steuerung, Umwelt und Ressourcen sowie Stadt und Region. Die Handlungsfelder dienen zur klaren Fokussierung auf Maßnahmen, die in den jeweiligen Schwerpunkten im Sinne der Zielerreichung umgesetzt werden.

Die Strategie berücksichtigt die steigenden Anforderungen an die wassertechnische Infrastruktur sowie die Auswirkungen der Energie- und Mobilitätswende. Auch das im Stadtrat im Jahr 2018 beschlossene Nachhaltigkeitsszenario für den Nahverkehr in Leipzig sowie das zweijährige Tarifmoratorium der Fahrpreise im ÖPNV und die angepassten Bevölkerungserwartungen wurden berücksichtigt. Für eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Geschäftsfelder sollen zudem die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden.

Das Wärmegeschäft ist ein wesentliches Strategieelement und zugleich eine tragende Säule des LVV-Konzerns. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Leipziger Fernwärmesystems ist daher ein zentrales Ziel. Bezugnehmend auf den von der Bundesregierung geplanten Braunkohleausstieg haben die Aufsichtsräte entschieden, das „Zukunfts-

konzept für die nachhaltige Wärmeversorgung Leipzigs“ umzusetzen. Dies ist unter anderem in Form von Investitionen in den Bau eines gasbetriebenen Heizkraftwerks, in Solarthermieanlagen sowie in weitere Wärmespeicherkapazitäten geplant.

1.3 Steuerungssystem

Zur Steuerung und Führung setzt der LVV-Konzern ein zielorientiertes Managementsystem ein. Wesentliche aktive Führungsinstrumente stellen dabei die in der Konzernstrategie festgelegten strategischen Geschäftsleitplanken je Geschäftsfeld, der darauf aufbauende Wirtschaftsplan und die damit verbundenen Zielvereinbarungen für die Führungskräfte sowie das konzernweit organisierte Risikomanagementsystem dar.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses werden auf Basis strategischer Vorgaben grundsätzliche Erwägungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung festgesetzt und bewertet.

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden die Leistungskennzahlen Konzernergebnis, Eigenmittelquote, Nettogesamtverschuldung, adjustiertes EBITDA und dynamischer Verschuldungsgrad zugrunde gelegt.

Seit der Einführung einer erweiterten Führungsspitze bei der LVV im Jahr 2018 werden sowohl das Kerngeschäft der Tochterunternehmen gestärkt und die Komplexität verringert als auch konzernweite Prioritäten besser gesetzt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist nach Angaben des statistischen Bundesamtes weiterhin gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2019 um 0,6 %. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. Das Wachstum hat jedoch im Jahr 2019 deutlich an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt deutlich stärker gestiegen.

Von der insgesamt positiven Entwicklung in Deutschland können auch die Stadt und die Region Leipzig als Heimatmarkt des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2019 weiterhin profitieren. Trotz schwächerer Konjunktur haben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Jahresdurchschnitt 2019 abgenommen. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin rückläufig. So lag die Arbeitslosenquote nach Angaben der Agentur für Arbeit im Dezember 2019 in Leipzig bei 5,9 %.

Im Dezember 2019 waren insgesamt 601.668 Menschen mit Hauptwohnsitz in Leipzig gemeldet. Die offiziellen Bevölkerungsschätzungen gehen weiterhin davon aus, dass die Stadt Leipzig die Zahl von 700.000 Einwohnern im Jahr 2040 erreichen wird.

Energiepolitisch war das Jahr 2019 stark von den Empfehlungen der durch die Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ (Kohlekommission) bestimmt. Zur Erreichung der Klimaschutzziele wurde ein Fahrplan zum sukzessiven Ausstieg und zur Beendigung der Kohleverstromung bis spätestens zum Jahr 2038 empfohlen. Auf dieser Basis ergeben sich eine Reihe energie- und strukturpolitischer Aufgabenstellungen, die sicherstellen sollen, dass auch vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung gewährleistet sind. Mit Blick auf vorgesehene Strukturhilfen für die betroffenen Regionen werden von der Bundesregierung unter dem Titel „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die mithilfe von Zuwendungen und Projekten einen Ausgleich für den Verlust der Kohleförderung/-verstromung sicherstellen sollen.

Zahlreiche weitere Maßnahmen, die zur beabsichtigten Umsetzung des Gesamtpakets notwendig wären, sind erst in Ansätzen erkennbar. Dies betrifft sowohl die Sicherstellung des systemdienlichen und marktkonformen Ausbaus erneuerbarer Energien auf 65 % bis 2030 als auch die Einzelheiten der vorgesehenen Modernisierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, die beim weiteren Ausbau dieser Effizienztechnologie eine zentrale Rolle spielen soll.

Mit Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes wurde ein Rahmengesetz etabliert, das ressortspezifische Leitplanken und Sektorenziele zur Erreichung von Klimaschutzziele fixiert, um den Treibhausgasausstoß bis 2030 um mindestens 55 % zu verringern. Dieses Gesetz und weitere Maßnahmen, die im Rahmen des Klimakabinetts der Bundesregierung Ende September vorgelegt wurden, hatten wesentlichen Einfluss auf die energiepolitische Agenda und ihre Diskussion. Dazu zählt auch die im Grundsatz beschlossene Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems, das eine CO₂-Bepreisung für die Sektoren Gebäude und Verkehr ab 2021 vorsieht.

Durch die Europäische Kommission wurde mit der Vorstellung des „European Green Deal“ zum Ende des Jahres ein wesentlicher inhaltlicher und finanzieller Teil ihres geplanten energie- und klimapolitischen Handlungsrahmens vorgestellt. Vorgesehen ist, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität der Europäischen Union und – damit verbunden – eine Anhebung des Treibhausgasreduktionszieles bis 2030 zu erreichen sowie das gesamte klimapolitische Instrumentarium der Europäischen Union bis Mitte 2021 zu überprüfen.

Die gute und kooperative Zusammenarbeit der Mobilitätsunternehmen im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) sorgt für einen attraktiven ÖPNV in Mitteldeutschland. Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), konnten für das abgelaufene Geschäftsjahr 152,5 Mio. Fahrgäste vermelden. Das gesteigerte Bewusstsein für ÖPNV ist nicht zuletzt auch auf die andauernden gesellschaftlichen Debatten zu Themen wie Umweltbewusstsein und Klimaschutz sowie Mobilität der Zukunft zurückzuführen. Mit dem finalen Beschluss der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leipzig ist ein weiterer wichtiger Grundstein gelegt worden, um sowohl die gesteckten ökonomischen als auch die ökologischen Ziele zu erreichen und den ÖPNV in seiner zentralen Bedeutung, entsprechend den steigenden Anforderungen und Bedarfen, wachsen zu lassen.

Planungssicherheit ist hinsichtlich der Beauftragung der Verkehrsleistung gegeben. Mit Beschluss des Leipziger Stadtrats vom 28. Oktober 2009 erhielten die Verkehrsbetriebe eine Betrauung zur Erbringung von Verkehrsleistungen auf dem Gebiet der Stadt Leipzig bis zum Jahr 2028. Nachdem der Stadt Leipzig im Rahmen einer Zweckvereinbarung die Aufgabenträgerschaft für gebietsüberschreitende Busverkehrsleistungen übertragen worden ist, wurden die Verkehrsbetriebe mit Gesellschafterweisung vom 16. Dezember 2013 ergänzend zur bisherigen Betrauung mit Verkehrsleistungen in der Stadt Leipzig zusätzlich mit der Erbringung von Verkehrsleistungen für gebietsüberschreitende Busverkehre zwischen der Stadt Leipzig und den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen betraut. Für die Erbringung dieser Verkehre erhalten die Verkehrsbetriebe jeweils jährlich einen Finanzierungsbetrag direkt von der Stadt Leipzig, der sich wiederum aus den Landkreisen refinanziert.

Die deutsche Wasserwirtschaft befindet sich laut Branchenbild in einem ständigen Modernisierungsprozess. Es gilt, die hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei die Entgelte für die Kunden angemessen zu gestalten. Wesentliche Herausforderungen der Branche sind neben der Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur die demografische Entwicklung, der sich abzeichnende Klimawandel, die Bearbeitung der komplexen Thematik Klärschlamm Entsorgung und die Diskussion über smarte Infrastrukturentwicklung im Spannungsfeld mit IT- und Informationssicherheit in der Wasserwirtschaft.

Mit der Einordnung als kritische Infrastruktur (KRITIS) ergeben sich für die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), in besonderem Maße Anforderungen aus der KRITIS-Verordnung und dem IT-Sicherheitsgesetz. Mit dem etablierten Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) entsprechen die Wasserwerke diesen Anforderungen.

Der steigende Durchschnittsgebrauch sowie die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig und des Umlandes wirken sich auf die Absatzentwicklung aus. Die Anzahl der versorgten Einwohner ist gegenüber dem Vorjahr um circa 5.400 gestiegen. Im Hinblick auf die Ver- und Entsorgungskapazitäten wird diese Entwicklung seitens der Wasserwerke genau beobachtet und findet Berücksichtigung in der Überarbeitung der langfristigen Ver- und Entsorgungskonzepte.

In den letzten beiden Sommern hat aufgrund der extremen Trockenheit sich auch sehr deutlich gezeigt, wie stark wetterabhängig die Wasserabgabe tatsächlich ist. Steigende Absatzmengen wirken sich auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 ist durch eine positive wirtschaftliche Entwicklung geprägt. Die wesentlichen Kennzahlen stellen sich im Plan- und Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Kennzahlen

		Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018
Konzernergebnis	Mio. EUR	17,7	22,5	30,6
Adjustiertes EBITDA ¹	Mio. EUR	205,7	213,8	216,9
Eigenmittelquote ²	%	40,8	41,1	41,7
Nettogesamtverschuldung ³	Mio. EUR	763,5	684,7	588,9
Dynamischer Verschuldungsgrad ⁴		3,7	3,2	2,7

¹ Adjustiertes EBITDA gleich Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen unter Berücksichtigung der Neuregelungen aus Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)

² Eigenmittelquote gleich bilanzielles Eigenkapital zuzüglich nachrangige Gesellschafterdarlehen plus Hälfte der Sonderposten dividiert durch die um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigte Bilanzsumme

³ Nettogesamtverschuldung gleich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten plus sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel

⁴ Dynamischer Verschuldungsgrad gleich Nettogesamtverschuldung dividiert durch adjustiertes EBITDA

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Konzernjahresüberschuss von 22,5 Mio. EUR ab. Das Konzernergebnis liegt 4,8 Mio. EUR über dem geplanten Wert. Das Vorjahresergebnis ist wesentlich durch Sondereffekte geprägt.

Das EBITDA für das Geschäftsjahr 2019 von 213,8 Mio. EUR konnte gegenüber dem Planansatz um 8,1 Mio. EUR gesteigert werden. Die EBITDA-Verbesserungen sind vorwiegend in den Geschäftsfeldern Energie und Wasser erzielt worden.

Die adjustierte Eigenmittelquote des Konzerns geht trotz des positiven Jahresergebnisses sowie der Einlagen der Gesellschafterin Stadt Leipzig aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme um 0,6 %-Punkte leicht zurück.

Die Nettogesamtverschuldung steigt im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Inanspruchnahmen vorhandener Liquidität sowie weiterer Darlehensaufnahmen für Investitionen in die Infrastruktur des Konzerns. Sie bleibt jedoch deutlich hinter dem in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Wert zurück.

Der dynamische Verschuldungsgrad ist trotz höherer Nettogesamtverschuldung aufgrund der Verbesserung des adjustierten EBITDA im Vergleich zum Vorjahr nur moderat gestiegen.

Folgende Rahmenbedingungen spielen bei der Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder des Konzerns im Geschäftsjahr 2019 eine wesentliche Rolle:

Das Geschäftsfeld **Energie** ist hauptsächlich geprägt von der Eigenhandelstätigkeit der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), in den Commodities Strom, Gas und CO₂ (Systemmarkt). Zudem tragen insbesondere eine intensive Marktbearbeitung durch den Vertrieb von Strom-, Gas- und Wärmeprodukten in Leipzig sowie die Marktführerschaft für die Wärmeversorgung in der Region Gdańsk (Endkundenmarkt) zum positiven Geschäftsverlauf bei. Durch die Bereit- und Sicherstellung sowie den Ausbau der Netzinfrastruktur für die Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung wird der Endkundenmarkt des Geschäftsfelds unterstützt (Netzgeschäft).

Das Ergebnis im Energiebereich liegt deutlich über der im Rahmen des Wirtschaftsplanes getroffenen Prognose. Wesentlich dazu beigetragen haben regulatorische Effekte. Positiv wirkten auch eine höhere Rohmarge insbesondere durch einen geringen Materialaufwand und darüber hinaus ein verbessertes Finanzergebnis. Die unter dem Vorjahr liegenden Umsatzerlöse resultieren unter anderem aus der Entwicklung im Systemmarkt Strom. Die Gradtagszahl (GT) beträgt im laufenden Geschäftsjahr 3.068 und weist somit einen Rückgang um 10 GT gegenüber dem Vorjahreswert auf. Dieser Sachverhalt führt unter anderem zu witterungsbedingt leicht geringeren Absatzmengen im Endkundenmarkt.

Neben der weiteren Inbetriebnahme von Straßenbahnfahrzeugen des Typs „XL“ zählten im Geschäftsfeld **Mobilität** insbesondere die Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Tarifmoratoriums und der Start des neuartigen Mobilitätsangebotes „Flexa“ zu den Schwerpunkten des Geschäftsjahres 2019.

Zum 1. August 2019 haben die Unternehmen im Mitteldeutschen Verkehrsverbund ihre Tarife angepasst. Dabei wurden die Preise in der Zone 110 infolge eines Beschlusses des Stadtrates der Stadt Leipzig zu einem Tarifmoratorium für die Jahre 2019 und 2020 im Geschäftsjahr nicht erhöht.

Mit dem Mobilitätsangebot „Flexa“ wird erstmals eine Tür-zu-Tür-Bedienung auf Bestellung eingeführt und eine einfache und bequeme Erreichbarkeit der nächsten Umsteigehaltestelle zu S- oder Straßenbahn angeboten.

In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres war die Personalsituation im Fahrservice weiterhin angespannt. Um dem zu begegnen, wurde die Besetzung offener Stellen weiter vorangetrieben. Entlastend wirkte dabei die Einsatzbereitschaft freihabender und flexibler Mitarbeiter im Fahrdienst. Nichtsdestotrotz konnte die vorgesehene Verkehrsleistung nicht komplett erbracht werden und einige Linien mussten länger als geplant in der Taktung des Ferienfahrplans verkehren.

Zur Finanzierung der Verkehrsleistungen auf Basis des nach den EU-Vorgaben angepassten Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages (VLFFV) stellt der LVV-Konzern eigene Mittel von insgesamt 54,0 Mio. EUR zur Verfügung.

Auch im Geschäftsfeld **Wasser** konnte im Geschäftsjahr 2019 ein über der Wirtschaftsplanung liegendes Ergebnis erwirtschaftet werden. Die Ergebnisverbesserung ist bei gestiegenen Umsatzerlösen im Wesentlichen auf weitere Prozesskostenerstattungen im Rahmen der CDO/CDS-Prozesse zurückzuführen. Gegenläufig wirken höhere Personalaufwendungen, gestiegene Abschreibungen sowie höhere sonstige betriebliche Aufwendungen infolge gebildeter Rückstellungen für die Abwasserabgabe.

Als lokale Besonderheit ist nach wie vor im bundesdeutschen Vergleich der niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet der Wasserwerke zu nennen. So lag der Pro-Kopf-Tagesgebrauch im Jahr 1993 noch bei 115,0 Litern. Im Jahr 2004 sank er erstmals unter die 90-Liter-Marke und erreichte im Jahr 2011 seinen bisherigen Tiefstwert von 85,9 Litern. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2018 durch den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) festgestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 127 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 96,1 Litern pro Einwohner und Tag im Jahr 2019 damit einem um 24 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Allerdings kann nach den letzten Jahren leichter Gebrauchssteigerungen in Folge von einem unter Absatzgesichtspunkten positiven Trend gesprochen werden.

2.3 Ertragslage

Ertragslage

in Mio. EUR

	2019	2018	Veränderung absolut
Umsatzerlöse	2.803,2	2.790,6	12,6
Materialaufwendungen	2.294,4	2.302,8	-8,4
Rohmarge	508,8	487,8	21,0
Übrige betriebliche Erträge	63,8	63,5	0,3
Personalaufwendungen	241,6	233,4	8,2
Abschreibungen	138,0	132,6	5,4
Übrige betriebliche Aufwendungen	167,5	150,6	16,9
Betriebsergebnis	25,5	34,7	-9,2
Beteiligungsergebnis	8,3	9,7	-1,4
Zinsergebnis	-31,3	-37,8	6,5
Neutrales Ergebnis	33,2	29,8	3,4
Ergebnis vor Ertragsteuern	35,8	36,4	-0,6
Ertragsteuern	-13,3	-5,8	-7,5
Konzernjahresergebnis	22,5	30,6	-8,1

Die Ertragslage des Konzerns ist trotz Verbesserung der Rohmarge durch einen Rückgang des Betriebsergebnisses aus der operativen Geschäftstätigkeit gekennzeichnet. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch einen Anstieg der Personalaufwendungen, der Abschreibungen sowie der übrigen betrieblichen Aufwendungen verursacht. Bei einem deutlich verbesserten Zinsergebnis ergibt sich unter Berücksichtigung höherer Steueraufwendungen ein Konzernjahresüberschuss von 22,5 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des Konzerns

in Mio. EUR

	2019	2018	Veränderung absolut
Geschäftsfeld Energie	2.503,7	2.505,5	-1,8
davon Systemmarkt	1.898,0	1.906,3	-8,3
davon Endkundenmarkt	488,2	477,4	10,8
Geschäftsfeld Mobilität	140,3	128,6	11,7
davon Verkehrserlöse	122,1	115,1	7,0
Geschäftsfeld Wasser	159,2	156,5	2,7
davon Trinkwasserversorgung	77,3	75,7	1,6
davon Abwasserentsorgung	81,2	78,7	2,5
	2.803,2	2.790,6	12,6

Die Umsatzerlöse des LVV-Konzerns sind auch im Geschäftsjahr 2019 wesentlich durch das Geschäftsfeld Energie geprägt, in dem 89,3 % des Gesamtumsatzes des Konzerns erzielt werden.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Energie** betreffen im Wesentlichen den Systemmarkt der Stadtwerke für den Handel mit den Commodities Strom und Gas. Im Geschäftsjahr 2019 sind die Erlöse aus dem Stromhandel preis- und mengenbedingt gesunken. Dagegen haben sich die Erlöse im Gashandel vorwiegend durch gestiegene Absatzmengen erhöht.

Im Endkundenmarkt Strom stiegen die Umsatzerlöse trotz gesunkener Absatzmengen aufgrund der Weitergabe erhöhter Beschaffungskosten. Dagegen steht der witterungsbedingte Rückgang der Umsatzerlöse im Endkundenmarkt Gas. Im Fernwärmesegment konnte trotz witterungsbedingt leicht rückläufiger Absatzzahlen ein Anstieg der Umsatzerlöse erzielt werden. Dies resultiert insbesondere aus der Anpassung der Arbeitspreise in Form der erstmals ab 2019 erhobenen Emissionspreiskomponente. Auch die Umsatzerlöse der polnischen Gesellschaften erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr und konnten somit insgesamt einen stabilen Beitrag zur Ertragslage des Konzerns leisten.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Mobilität** sind insbesondere getragen von einer positiven Entwicklung der Verkehrserlöse. Die Verkehrserlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 % gesteigert werden. Dabei wirkt insbesondere die im Vorjahr durchgeführte Tarifierhöhung, während im Geschäftsjahr 2019 mit der Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Tarifmoratoriums keine Preisänderung vorgenommen wurde. Gestützt wurde die Einnahmementwicklung durch das stetige Wachstum im Abo-Segment. Die Verkehrsbetriebe beförderten im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 152,5 Mio. Fahrgäste und mussten damit erstmals seit Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes einen Rückgang verzeichnen.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Wasser** haben sich bei unveränderten spezifischen Entgelten insbesondere durch gestiegene Mengen in der Wasserversorgung und aus der Abwasserbehandlung um etwa 1,3 % beziehungsweise um etwa 0,2 % erhöht. Darüber hinaus führte der im Vorjahresvergleich höhere Saldo aus Inanspruchnahme und (Neu-)Zuführung zur Rückstellung für Umsatzrisiken in der Gesamtbetrachtung zu höheren Umsatzerlösen als im Geschäftsjahr 2018.

Die Materialaufwendungen des Konzerns sind maßgeblich durch den Energiehandel geprägt. Darüber hinaus sind die Materialaufwendungen durch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen zur Instandhaltung der Versorgungsanlagen und -netze beeinflusst.

Dem Anstieg der Umsatzerlöse um 12,6 Mio. EUR steht ein Rückgang der Materialaufwendungen von 8,4 Mio. EUR gegenüber, sodass sich die Rohmarge im Konzern um 21,0 Mio. EUR erhöhte. Die Rohmargenverbesserung resultiert vor allem aus dem Geschäftsfeld Energie.

Die Personalaufwendungen des Konzerns steigen im Vorjahresvergleich um 8,2 Mio. EUR. Neben einer höheren Mitarbeiterzahl resultiert die Entwicklung insbesondere aus tarifvertraglich bedingten Lohn- und Gehaltsanpassungen.

Der Anstieg der Abschreibungen ist auf weitere Investitionen ins Anlagevermögen zurückzuführen. Dabei übersteigen die Neuinvestitionen in das Anlagevermögen der Konzernunternehmen die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2019 deutlich.

Unter Berücksichtigung gestiegener betrieblicher Aufwendungen reduziert sich das Betriebsergebnis aus der operativen Tätigkeit des Konzerns gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Mio. EUR. Der Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für IT, Werbung, Beratungs- und Rechtskosten sowie Aufwendungen für strittige Geschäftsvorfälle und mögliche Insolvenzfälle zurückzuführen.

In der Entwicklung des Beteiligungsergebnisses spiegeln sich die gegenüber dem Vorjahr geringeren Gewinnausschüttungen der nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, insbesondere der GPEC SERWIS SP. Z O.O., Gdańsk, Polen (GPEC Serwis), wider.

Das Zinsergebnis, als Saldo von Zinsaufwendungen und Zinserträgen, von –31,3 Mio. EUR verbessert sich im Vergleich zum Vorjahr unter anderem durch das konzernweite Management der Finanzpositionen und das nach wie vor historisch niedrige Zinsniveau. Es enthält neben den Zinsaufwendungen für den originären Finanzbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen auch die Aufwendungen für Auf- und Abzinsung von Rückstellungspositionen sowie Zinsaufwendungen für Steuerverpflichtungen.

Für das von der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellte Gesellschafterdarlehen entstehen im Geschäftsjahr 2019 Zinsaufwendungen von 14,1 Mio. EUR. Diese werden durch Zahlungen der Stadt Leipzig gemäß VLFV in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe ausgeglichen.

Auch im Geschäftsjahr 2019 ist das Konzernergebnis neben Einflussfaktoren im operativen Bereich maßgeblich durch Sondereffekte geprägt. Ertragsseitig wird das neutrale Ergebnis vorwiegend durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (21,1 Mio. EUR) und eine weitere ertragswirksame Vereinnahmung von Prozesskostenerstattungen im Zusammenhang mit den rechtlichen Auseinandersetzungen zu CDO-Transaktionen (7,1 Mio. EUR) sowie periodenfremde Umsatzerlöse (Mio. EUR 16,0) beeinflusst. Aufwandsseitig spiegeln sich vor allem Aufwendungen aus Wertberichtigungen (5,5 Mio. EUR) und Aufwendungen für periodenfremden Energiebezug (7,0 Mio. EUR) wider. Darüber hinaus wurden außerplanmäßige Abschreibungen von 3,2 Mio. EUR berücksichtigt.

Der Anstieg der Steueraufwendungen gegenüber dem Vorjahr ergibt sich hauptsächlich aus höheren steuerlichen Einkommen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie aus der Berücksichtigung von Feststellungen der Betriebsprüfungen des Finanzamtes. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Entwicklungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 2019 ein Konzernjahresergebnis von 22,5 Mio. EUR.

Nach Verrechnung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie der Einstellungen in Gewinnrücklagen ergibt sich ein Konzernbilanzverlust von 131,2 Mio. EUR.

2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung dargestellt. Eine weitere Aufgliederung der Zahlungsströme ist aus der als Anlage beigefügten Konzernkapitalflussrechnung ersichtlich.

Finanzlage				in Mio. EUR
	2019	2018	Veränderung absolut	
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	125,3	130,4	–5,1	
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	–261,1	–181,2	–79,9	
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	126,4	2,0	124,4	
Veränderungen des Finanzmittelbestands	–9,4	–48,8	39,4	
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	100,7	149,4	–48,7	
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,0	0,1	–0,1	
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	91,3	100,7	–9,4	

Im Geschäftsjahr 2019 erwirtschaftet der Konzern einen Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 125,3 Mio. EUR. Infolge der Zunahme kurzfristiger Forderungen sowie der Inanspruchnahme von Rückstellungen liegt dieser mit 5,1 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit zeigt für das Geschäftsjahr 2019 einen Finanzmittelabfluss von insgesamt 261,1 Mio. EUR und damit 79,9 Mio. EUR mehr als im Vorjahr. Hier wirkt sich insbesondere der starke Anstieg der Auszahlungen für Investitionen des Konzerns ins Anlagevermögen aus, dem geringere Mittelzuflüsse aus Beteiligungserträgen gegenüberstehen.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit ist aufgrund der gestiegenen Investitionen im Konzern durch einen Mittelzufluss von insgesamt 126,4 Mio. EUR gekennzeichnet. Er erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 124,4 Mio. EUR. Höheren Mittelzuflüssen aus der Aufnahme von Darlehen und Namensschuldverschreibungen (175,3 Mio. EUR) stehen Mittelabflüsse aus der Tilgung von Darlehen (83,1 Mio. EUR), Zinszahlungen (29,9 Mio. EUR) sowie Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter (7,3 Mio. EUR) gegenüber. Darüber hinaus stärken Einlagen der Stadt Leipzig (14,1 Mio. EUR) und erhaltene Zuschüsse (57,3 Mio. EUR) die Finanzierungskraft des Konzerns.

Die Mittelabflüsse des Konzerns aus der Investitionstätigkeit, aus der Tilgung von Darlehen, aus Zinszahlungen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen konnten damit nur anteilig aus dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Aufnahme von Darlehen, aus der Einzahlung von Zuschüssen sowie aus Einlagen der Stadt Leipzig gedeckt werden. Die darüber hinaus benötigten Mittel haben den aus dem Vorjahr übernommenen Finanzmittelbestand des Konzerns stichtagsbedingt um 9,4 Mio. EUR vermindert.

Zum 31. Dezember 2019 bestanden ungenutzte Cash-Pool-Linien in Höhe von 80,0 Mio. EUR sowie weitere ungenutzte Back-up-Fazilitäten in Höhe von 30,0 Mio. EUR. Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt.

Das niedrige Zinsumfeld sowie die starke Nachfrage für solvente Kreditnehmer waren im Geschäftsjahr 2019 ein gutes Umfeld für die Finanzierungsaktivitäten des LVV-Konzerns. Die gute Kreditwürdigkeit spiegelt sich auch in der Einschätzung der Kreditgeber wider, von denen die LVV und der Konzern mit guten Bonitätsbewertungen versehen wurden. Die seit einigen Jahren konsequent bei der LVV gebündelte Konzernfinanzierung hat in diesem Umfeld Fremdkapital mit Laufzeiten von bis zu 40 Jahren zu attraktiven Konditionen aufnehmen können.

Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, wurde mit den Kreditgebern für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Mindestquote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Kennzahlen wurden im Geschäftsjahr 2019 eingehalten.

2.5 Vermögenslage

Vermögenslage

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	absolut
Aktiva					
Langfristige Vermögenswerte					
Anlagevermögen	2.354,5	88,5	2.225,7	87,8	128,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,7	0,0	0,7	0,0	0,0
	2.355,2	88,5	2.226,4	87,9	128,8
Kurzfristige Vermögenswerte					
Vorräte	28,1	1,1	31,8	1,3	-3,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	184,6	6,9	171,4	6,8	13,2
Liquide Mittel	91,3	3,4	100,7	4,0	-9,4
	304,0	11,4	303,9	12,0	0,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2,2	0,1	3,7	0,1	-1,5
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	0,3	0,0	0,3	0,0	0,0
	2.661,7	100,0	2.534,3	100,0	127,4
Passiva					
Eigenkapital	500,2	18,8	470,2	18,6	30,0
Sonderposten	722,2	27,1	695,0	27,4	27,2
Mittel- bis langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	127,8	4,8	147,9	5,8	-20,1
Verbindlichkeiten	906,7	34,1	832,4	32,8	74,3
	1.034,5	38,9	980,3	38,7	54,2
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	137,6	5,2	124,2	4,9	13,4
Verbindlichkeiten	252,6	9,4	253,4	9,9	-0,8
	390,2	14,6	377,6	14,8	12,6
Rechnungsabgrenzungsposten	14,1	0,5	10,7	0,4	3,4
Passive latente Steuern	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0
	2.661,7	100,0	2.534,3	100,0	127,4

Die Vermögensstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch einen Anstieg der Bilanzsumme um 127,4 Mio. EUR gekennzeichnet. Auf der Aktivseite spiegelt sich diese Entwicklung insbesondere durch eine deutliche Erhöhung des Anlagevermögens sowie der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wider, dem ein Rückgang der liquiden Mittel gegenübersteht.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 88,5 % (Vj.: 87,8 %) der Bilanzsumme von 2.661,7 Mio. EUR auf das Anlagevermögen, welches zu 95,9 % (Vj.: 96,4 %) mittel- und langfristig durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen finanziert ist.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen auch im Geschäftsjahr 2019 im weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen.

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen führten insbesondere geringere unterjährige Abschlagszahlungen auf Energielieferungen zu einem Anstieg des Forderungsbestandes. Die liquiden Mittel verringerten sich hingegen um 9,4 Mio. EUR insbesondere aufgrund der Nutzung der verfügbaren Liquidität für Investitionen des Konzerns sowie der Rückführung von Kreditlinien und Darlehen.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur insbesondere durch eine Erhöhung des Eigenkapitals, der Sonderposten sowie der Verbindlichkeiten geprägt, der ein Rückgang der Rückstellungen gegenübersteht.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 30,0 Mio. EUR. Zur Verbesserung trugen insbesondere das positive Konzernjahresergebnis des Geschäftsjahres 2019 (22,5 Mio. EUR) sowie Einlagen der Stadt Leipzig (14,1 Mio. EUR) bei.

Der Anteil des Eigenkapitals an der gestiegenen Bilanzsumme hat sich um 0,2 Prozentpunkte auf 18,8 % verbessert. Unter Berücksichtigung des Gesellschafterdarlehens, für das die Stadt Leipzig einen Rangrücktritt erklärt hat, beträgt die Eigenkapitalquote des LVV-Konzerns 27,5 % (Vj.: 27,9 %).

Die insbesondere in den Sonderposten erfassten Investitionszuschüsse und Fördermittel stellen einen wesentlichen Baustein der Finanzierungsfähigkeit der Investitionen des Konzerns dar. Der Anteil der verwendeten Fördermittel liegt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anstieg der Sonderposten im Vorjahresvergleich ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Zugänge des Geschäftsjahres die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen übersteigen.

Der Rückgang der Rückstellungen ist vorwiegend durch die Auflösung und Inanspruchnahme der Rückstellungen für Revisionen am Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes Leipzig (GuD-Kraftwerk), die Auflösung der Rückstellung für Umsatzrisiken sowie personalbezogener Rückstellungen verursacht. Gegenläufig erfolgte die Dotierung weiterer Rückstellungen, insbesondere für Rechtsstreitigkeiten, Abwasser- und Konzessionsabgaben sowie für abzuführende Steuern.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 73,5 Mio. EUR. Neben einem stichtagsbedingten Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist diese Entwicklung durch eine Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der Sonstigen Verbindlichkeiten infolge weiterer Darlehensaufnahmen für Investitionen des Konzerns beeinflusst. Die Nettogesamtverschuldung – einschließlich der unter den sonstigen Verbindlichkeiten enthaltenen Namensschuldverschreibungen – steigt auf 684,7 Mio. EUR an.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Leipzig enthalten das der LVV mit Vereinbarung vom 13. November 1997 gewährte Gesellschafterdarlehen abzüglich bisher geleisteter Tilgungen. Auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung vom 24. Oktober 2018 wurde im Geschäftsjahr 2019 eine Tilgung von 5,0 Mio. EUR geleistet; eine weitere Tilgung ist im Folgejahr vorgesehen. Mit dem Beschluss der Ratsversammlung vom 22. Mai 2019 soll der dann verbleibende Restbetrag des Gesellschafterdarlehens in Eigenkapital umgewandelt werden.

2.6 Investitionen

Der LVV-Konzern hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 274,3 Mio. EUR (Vj.: 200,4 Mio. EUR) in das Anlagevermögen investiert.

Hiervon entfallen 130,9 Mio. EUR (Vj.: 78,0 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld **Energie**. Hier stand vor allem der Rückkauf des GuD-Kraftwerkes mit Wirkung zum 1. Oktober 2019 mit 50,2 Mio. EUR im Fokus. Weiterhin erfolgten Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für das Stromnetz sowie den Ausbau des Fernwärmenetzes in Leipzig und der Region Gdańsk. Darüber hinaus wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände getätigt, die im Wesentlichen die Weiterentwicklung bestehender IT-Systeme betrafen.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Geschäftsjahr 2019 Investitionen in einem Wertumfang von 82,2 Mio. EUR (Vj.: 64,0 Mio. EUR) durchgeführt. Die Investitionsschwerpunkte bildeten mit 43,2 Mio. EUR Investitionen in Fahrzeuge und mit 25,9 Mio. EUR Investitionen in die Verbesserung des Leipziger Streckennetzes. Im Geschäftsjahr 2019 konnte die Lieferung und Inbetriebnahme der zweiten Option des Beschaffungsprogrammes der XL-Straßenbahnfahrzeuge abgeschlossen werden. Darüber hinaus erfolgten Investitionen in Ersatzbeschaffungen für die IT-Infrastruktur sowie Investitionen in Softwarelösungen.

Das Investitionsvolumen einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen im Geschäftsfeld **Wasser** belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf insgesamt 61,2 Mio. EUR (Vj.: 58,4 Mio. EUR). Davon entfallen 25,2 Mio. EUR auf die Sparte Trinkwasser, 32,3 Mio. EUR auf die Sparte Abwasser sowie 3,7 Mio. EUR auf sonstige Investitionen. In die Trink- und Abwassernetze einschließlich Erschließungen wurden 49,9 Mio. EUR, sowie 5,5 Mio. EUR in Wasserwerke und 5,8 Mio. EUR in den übrigen Bereich investiert.

2.7 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im LVV-Konzern waren im Geschäftsjahr 2020 durchschnittlich 4.824 Mitarbeiter (Vj.: 4.721 Mitarbeiter) beschäftigt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Geschäftsfelder Mobilität infolge der intensiven Bemühungen zur Personalgewinnung im Bereich des Fahrservices sowie im Geschäftsfeld Wasser aufgrund der Umsetzung des eingeführten Personalkonzeptes zurückzuführen.

Es ergeben sich kontinuierlich neue Herausforderungen, zum Beispiel veränderte Kundenwünsche, neue Arbeitsformen und damit veränderte Anforderungen an die Unternehmen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für eine gemeinsame Weiterentwicklung gilt es zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Verhandlung eines Zukunftstarifvertrages mit Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervertretern wurde begonnen. Seitens der Verhandlungsparteien wurden gemeinsame Themenfelder definiert und dazu konkrete Zielstellungen formuliert. Diese sind mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Die Verhandlung wird im Jahr 2020 fortgesetzt. Ziel ist es, im ersten Quartal 2020 die Verhandlung zum „Zukunftstarifvertrag“ mit einem positiven Ergebnis für alle abzuschließen.

Da es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „Erfolgsgaranten“ auch weiterhin braucht, ist es eine zentrale Aufgabe, diese an die Unternehmen zu binden und neue Fachkräfte zu finden. Dabei ist Chancengleichheit ein wichtiger Faktor – auch für das Image des Unternehmens. Erste Maßnahmen sind diskutiert worden und werden im Jahr 2020 umgesetzt.

Im Rahmen eines gemeinsamen Führungskräfteentwicklungsprogrammes wurden die Inhalte der verschiedenen Formate aus den Bereichen Führungs- und Managementwissen gut nachgefragt und als Beitrag zur Weiterentwicklung der Führungsfähigkeit angenommen. Weitere Module sind in Vorbereitung.

Mit Umsetzung der Arbeitgebermarke wurden die Handlungsfelder interne und externe Kommunikation, Personalmarketing und Ausbildungsmarketing intensiv bearbeitet. #TeamLeipziger ist das greifbare Ergebnis der Personalmarkenarbeit 2019. Für 2020 gilt es die Arbeitgebermarke durch Imagekampagnen weiter zu stärken und intern weiter zu verankern.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Das von der LVV konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Geschäftssteuerung. Wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochterunternehmen werden regelmäßig erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der LVV und des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und, soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Prozess in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochterunternehmen bei der jeweiligen Geschäftsführung der Unternehmen. Zum rechtzeitigen Erkennen und Einschätzen von Risiken und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte.

Dabei werden nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentlicher Risiken der Tochterunternehmen in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Das Risikoportfolio wird regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs. 2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Der LVV-Konzern ist unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die sich aus der Änderung rechtlicher, wirtschaftlicher sowie politischer Rahmenvorgaben ergeben. Neben Finanzrisiken und steuerlichen Risiken beeinflussen mittelbar die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochterunternehmen das Ergebnis des Konzerns.

3.1.2 Finanzierungsrisiken

Der LVV-Konzern unterliegt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Finanzierungsrisiken, die durch den Einsatz geeigneter Management- und Kontrollsysteme begrenzt werden.

Liquiditätsrisiken: Die LVV als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche in das Pooling-Verfahren eingebunden sind. Aus der Liquiditätsplanung werden bei Notwendigkeit Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet, die Liquiditätsrisiken entgegenwirken. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über die freien Kreditlinien hinausgeht, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt gedeckt. Die LVV verfügte zum Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2019 über freie Kreditlinien in Höhe von 110,0 Mio. EUR.

Langfristige Finanzierungsfähigkeit: Der LVV steht zur Finanzierung ein breites Produktspektrum zur Deckung des Finanzierungsbedarfs an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Ziel der Konzernfinanzierung ist dabei, die Zahlungsfähigkeit des Konzerns sicherzustellen und die Beteiligungsunternehmen mit Liquidität zu versorgen. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur geachtet.

Marktrisiko der Finanzierung: Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere infolge von geopolitischen Unsicherheiten können bei Neukreditaufnahmen zu Risiken in Bezug auf platzierbare Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten führen.

Für 2020 erwarten wir mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Märkte im Zusammenhang mit der Corona-Krise und deren wirtschaftlichen Auswirkungen auch bei den Finanzierungspartnern des LVV-Konzerns dämpfende Effekte. Dies kann sich zum Beispiel in steigenden Risikokosten bei der Bepreisung und der rückläufigen Bereitschaft, lange und sehr lange Laufzeiten zu kontrahieren, zeigen.

Bonitätsrisiko LVV-Konzern: Daneben beeinflusst insbesondere die Bonität des LVV-Konzerns die Fähigkeit, auch in Zukunft geplante Kredite mit einer in der Planung unterstellten Kreditmarge für eine Bonität im Investment Grade aufzunehmen. Hierzu führt die Konzernfinanzierung regelmäßig Gespräche mit ihren Kreditgebern, aber auch mit externen Partnern, um deren Ratingeinschätzung zu kennen beziehungsweise zu verstehen und so zeitnah Signale über eine mögliche Verschlechterung zu erhalten und entsprechend reagieren zu können. Ein sehr wichtiges quantitatives Indiz für die Konzernbonität bilden die Finanzkennzahlen. Die LVV hat mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten.

Zins-, Währungs- und Preisrisiken: Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen können Zins- und Devisenderivate abgeschlossen werden. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch Konzernfinanzierung und entsprechende Regularien bezüglich der Gremieneinbindung der LVV geregelt.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Für die kommenden Jahre erwarten wir mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Rohöl-Märkte im Zusammenspiel mit der Corona-Krise und deren wirtschaftliche Auswirkungen auch bei den Ergebnisprognosen des LVV-Konzerns spürbar negative Effekte.

Wechselkursrisiken, die die jährliche Dividendenzahlung der GPEC implizieren, wird mit kontinuierlicher Beobachtung der Kursentwicklung zwischen Euro und Złoty begegnet. Sind Wert und Zeitpunkt der Ausschüttung bekannt, findet grundsätzlich die Absicherung mittels eines Devisentermingeschäftes statt.

Ausfallrisiken Vertragspartner: Ausfallrisiken bestehen gegenüber den Kontrahenten, insbesondere bei Einlagen. Gegen diese Risiken sichert sich der LVV-Konzern durch Diversifizierung sowie aktive Bonitätsüberwachung der Kontrahenten im Rahmen des laufenden Risikomanagements ab.

3.1.3 Steuerliche Risiken

Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Stand der jeweiligen steuerlichen Außenprüfungen für die Jahre 2011 bis 2016 und der voraussichtlich vorzunehmenden Folgeänderungen in den noch offenen Veranlagungszeiträumen wurde für den Jahresabschluss der LVV zum 31. Dezember 2019 – neben der Berechnung der voraussichtlichen Steuerbelastung für das Geschäftsjahr 2019 – eine erneute Hochrechnung der voraussichtlichen Nachzahlungen/Erstattungen infolge von Außenprüfungen vorgenommen.

Die steuerlichen Außenprüfungen für die Jahre 2011 bis 2016 bei der LVV und deren inländischen Tochterunternehmen sind zum Abschlussstichtag nur teilweise beendet, sodass die entsprechenden Besteuerungsgrundlagen gemäß Betriebsprüfungsbericht (soweit vorliegend) oder den bisher bekannt gewordenen Prüfungsfeststellungen im Rahmen einer Hochrechnung zugrunde gelegt wurden. Auf Ebene der Stadtwerke wurden dabei insbesondere einige wesentliche handelsrechtlich gebildete Rückstellungen steuerlich nicht anerkannt.

Alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses bekannten Feststellungen und die sich hieraus ergebenden Risiken wurden im Rahmen der Hochrechnung zum 31. Dezember 2019 berücksichtigt.

Für die ausländischen Tochtergesellschaften liegen im Berichtszeitraum keine wesentlichen Steuerrisiken vor, welche eine zusätzliche Rückstellung über die bereits abgebildeten Steuerrückstellungen erforderlich machen würden.

Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Konzernabschluss abgebildet.

3.1.4 Operative Risiken

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sowie der gleichzeitig hohen Volatilität der Ölpreise insbesondere zu Beginn des Jahres 2020 erwarten wir spürbar negative wirtschaftliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen im LVV-Konzern und damit auf die Erreichung der Vorgaben und Ziele für das Geschäftsjahr 2020 sowie in den folgenden Jahren.

Aufgrund der engen Verflechtungen mit dem gesamten städtischen Organismus ist der LVV-Konzern in besonderer Weise mit Zukunftsaufgaben und allen sich daraus ergebenden Konsequenzen konfrontiert. Weiterhin werden die deutlichen Umbrüche und Veränderungen in den Energie- und Mobilitätssektoren vom LVV-Konzern reflektiert.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung des LVV-Konzerns könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung und Steuerrechtsprechung, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie-, Wasser-/Abwasser- und Verkehrsbereich ergeben. Weiterhin wird der LVV-Konzern durch die sich auf Ebene der Tochterunternehmen ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit und der häufigen Richtungswechsel im rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes durch den LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden im Geschäftsfeld **Energie** insbesondere Risiken gesehen, die sich aus dem wirtschaftlichen, politischen sowie rechtlichen Umfeld ergeben. Eine besondere Bedeutung wird hierbei den energiepolitischen Rahmenbedingungen beigemessen. Die sich hieraus ergebenden Risiken bestehen hauptsächlich in der Beurteilung künftiger politischer und marktbezogener Entwicklungen. Darüber hinaus werden auf Ebene der Stadtwerke regulatorische Risiken gesehen.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** werden hauptsächlich Risiken aus politischen und regulatorischen Veränderungen, der Auskömmlichkeit der Finanzierung durch die Aufgabenträger, der Entwicklung von Löhnen und Gehältern sowie der Sicherstellung der Liquiditätsausstattung gesehen.

Risiken aus der operativen Tätigkeit im Geschäftsfeld **Wasser** bestehen im weiter steigenden Investitions- und Instandhaltungsbedarf für das Kanalnetz, in der Anpassung der bestehenden Kapazitäten an steigende Einwohnerzahlen sowie in den technischen Risiken (Störung und Anlagenausfall) aus dem Betrieb des umfangreichen Rohr- und Kanalnetzes.

Hinsichtlich der CDO-/CDS-Transaktionen aus den Jahren 2006 und 2007 waren Prozesse gegen beteiligte Banken in London sowie gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) vor dem Landgericht Leipzig beziehungsweise im Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Dresden anhängig.

Die Auseinandersetzung mit der UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited (UBS) sowie der Depfa Bank plc (Depfa) konnte im Jahr 2019 endgültig – und zwar auch mit Blick auf die bislang noch offene Kostenfolge – erledigt werden.

Vor diesem Hintergrund rechnen die Wasserwerke damit, im Jahr 2020 auch die bislang prozessual noch offene (da formal noch nicht beendete) Auseinandersetzung mit der LBBW zum Abschluss zu bringen. Auch hier geht es nur noch um eine Regelung hinsichtlich der Kosten. Denn in materieller Hinsicht steht bereits fest, dass der LBBW keine Zahlungsansprüche gegenüber den Wasserwerken aus der mit ihr abgeschlossenen CDO-Transaktion zustehen.

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der Wasserwerke und der Verkehrsbetriebe wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, waren auch im Geschäftsjahr 2019 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis externe Dritte mit der Vertragsüberwachung sowie der rechtlichen Beratung beauftragt. Zur Risikosteuerung und -minimierung finden regelmäßig Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Die Polnische Regulierungsbehörde (URE) sorgt einerseits durch ihre Regulierungsvorgaben für Rahmenbedingungen zur gesicherten Wärmeversorgung polnischer Kunden, andererseits resultieren aus den Tarifvorgaben Einschränkungen für die Preisgestaltung der polnischen Energieunternehmen. Die GPEC beobachtet intensiv diese Entwicklungen. Weiteren möglichen Risiken auf der Versorgungsseite wird durch eine enge Zusammenarbeit und den laufenden Austausch mit dem Wärmelieferanten begegnet.

Neben den Risiken aus Tochterunternehmen ist die LVV auch **Beteiligungsrisiken**, im Wesentlichen betreffend die Beteiligung an der VNG, ausgesetzt. Auf Basis einer starken Position in der Wertschöpfungskette Gas entwickelt sich die VNG insbesondere im Bereich kritischer Infrastruktur kontinuierlich weiter und erschließt neue Erlöspotenziale. Mit der Strategie „VNG 2030+“ verschieben sich die zukünftigen Investitionsschwerpunkte in Richtung digitale Infrastruktur, Biogas, Quartierslösungen und in größerem Umfang in ein reguliertes Netzprojekt. Die Erwartung für zukünftige Dividendenzahlungen an die Gesellschafter bleibt aber mit marktinduzierten Unsicherheiten belastet. Die Beteiligung an der VNG ist nach unserer Auffassung werthaltig, ein Abwertungsbedarf wird nicht gesehen.

Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen sowie Tilgungen auf das von der Stadt Leipzig an die LVV gewährte Gesellschafterdarlehen können auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus waren keine den Fortbestand der LVV oder ihrer wesentlichen Tochterunternehmen gefährdenden Risiken zu verzeichnen.

3.2 Chancenbericht

Die wachsende Stadt Leipzig und die Gestaltung der urbanen Energie- und Mobilitätswende stellen den LVV-Konzern unmittelbar und mittelbar vor enorme Herausforderungen und bieten gleichzeitig wesentliche Chancen für seine Zukunftsentwicklung. Um die Handlungs- und Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern, harmonisieren die einzelnen Unternehmen ihre wesentlichen Themen wie Investitionen in die Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung der Dienstleistungen, Produkte und Prozesse sowie eine vorausschauende Personalpolitik. Die Langfristplanung „Daseinsvorsorge 2030“ der LVV und ihrer Tochterunternehmen stellt die Weichen für eine positive zukünftige Geschäftsentwicklung.

Durch das konzernweite Management der Finanzpositionen und die steuerliche Optimierung des Querverbands werden durch die **LVV** sich bietende Chancen für den gesamten Konzern systematisch analysiert und genutzt.

Aus Sicht des Geschäftsfeldes **Energie** bestehen Chancen im regulatorischen, branchenspezifischen sowie leistungs- und finanzwirtschaftlichen Umfeld. Chancen der Energie- und Klimapolitik können sich aus dem erhöhten Zubau erneuerbarer Energien und einer Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung ergeben.

Im Systemmarkt der Stadtwerke ergeben sich Chancen aus der Digitalisierung und dem Automatisierungsgrad. Durch die weitere Flexibilisierung des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Leipzig sind mittlere Chancen bei einem steigenden Strom/Gas/CO₂-Spread in der Stromerzeugung vorhanden. Weitere Chancen stellen die beabsichtigte Erweiterung des Portfolios für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und erneuerbare Energien dar.

Im Endkundenmarkt der Stadtwerke liegen Chancen in einem stärkeren vertrieblichen Erfolg und einer schnelleren Umsetzung der Projekte beim Kunden.

Die Regulierungsbehörden werden auch künftig das Ziel verfolgen, die Entgelte der Netzbetreiber weiter zu senken. Durch die Entkopplung von Erlösen und Kosten bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich der Erschließung von Effizienzpotenzialen.

Für das Engagement in Polen werden Chancen in der Entwicklung neuer Produkte, wie zum Beispiel intelligente Netze, Bau von Hausanschlussstationen und Wärmepumpen sowie im weiteren Ausbau der bestehenden Infrastruktur, insbesondere zum Anschluss neuer Abnehmer gesehen. Zudem lässt die im Geschäftsjahr 2018 durchgeführte Umstrukturierung unter Ausgliederung von Unternehmensteilen und Zusammenführung von Funktionen in einem Shared Service Center eines nicht konsolidierten polnischen Tochterunternehmens eine zukünftig steigende Effizienz erwarten.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** werden weiterhin Chancen in der dynamischen Bevölkerungsentwicklung in Leipzig gesehen. Mit der Umsetzung des Nachhaltigkeitsszenarios werden verschiedene Projekte und Maßnahmen initiiert beziehungsweise umgesetzt. Der Wandel der LVB zu einem noch leistungsfähigeren Mobilitätsanbieter birgt neben Chancen auch Herausforderungen, welche sich die Verkehrsbetriebe mit dem Programm „einfach.anders.besser.“ stellen und somit einen signifikanten und nachhaltigen Ergebnisbeitrag liefern.

Mit der Weiterentwicklung von „Leipzig mobil“ und spezifischen Produktinnovationen, wodurch gezielt neue Kundengruppen erschlossen werden sollen, etablieren sich die Verkehrsbetriebe weiter als integrierter Mobilitätsdienstleister.

Durch fortlaufende Marktanalysen, ein aktives Engagement im Verkehrsverbund und einen konstruktiven Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern wird Mobilität in der Region aktiv mitgestaltet und sichergestellt, so dass die sich bietenden Chancen auch ergriffen werden können.

Auch im Geschäftsfeld **Wasser** werden ausgehend von der aktuellen Bevölkerungsentwicklung Chancen auf Realisierung von über Plan liegenden Mengenentwicklungen und Umsätzen im Kerngeschäft gesehen, was sich entsprechend positiv auf die Anlagenauslastung und die Stabilität der Ver- und Entsorgungspreise auswirken würde.

Darüber hinaus ergeben sich mittel- bis langfristige Chancen der Leistungsverbesserung im Kerngeschäft und der Qualität der Unterstützungsprozesse durch das eigene Strategie- und Performanceprogramm. Hierunter fallen Themen wie Digitalisierung oder smarte Infrastrukturentwicklung.

Mit der Klage der sogenannten großen GbR, bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, sowie der Wasserwerke vom 17. Dezember 2019 wird die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben aufgefordert, den Kaufpreis für die Geschäftsanteile an der Fernwasser Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, in Höhe von 143,2 Mio. EUR nebst Zinsen sowie Zug-um-Zug-Rückabtretung der marginalen Restquote von 0,57 % zurückzuzahlen und die vergeblich entstandenen Notargebühren zu ersetzen.

3.3 Prognosebericht

Unabdingbar für die zukünftige Ergebnisentwicklung sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft des Konzerns sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Im Rahmen der Steuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren des LVV-Konzerns orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Ziel für die Zukunft ist der Ausbau der sehr guten regionalen Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Infrastrukturgeschäft und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Bei diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist unverändert die Ausrichtung auf das Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder geboten.

Die Ergebnisse des LVV-Konzerns sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen abhängig. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur langfristigen Ergebnisverbesserung werden dabei unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen.

Die wesentlichen Eckwerte der Konzernwirtschaftsplanung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr sind nachfolgend dargestellt und spiegeln die Erwartung der Geschäftsführung für das Folgejahr wider:

Kennzahlen

		Ist 2019	Plan 2020	Veränderung absolut
Konzernergebnis	Mio. EUR	22,5	30,2	7,7
Adjustiertes EBITDA	Mio. EUR	213,8	224,4	10,6
Investitionen	Mio. EUR	274,3	411,9	137,6
Eigenmittelquote	%	41,1	40,5	-0,6
Nettogesamtverschuldung	Mio. EUR	684,7	870,7	186,0
Dynamischer Verschuldungsgrad		3,2	3,9	0,7

Der Konzernwirtschaftsplan weist für das Jahr 2020 ein positives, im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 7,7 Mio. EUR besseres Jahresergebnis aus. Unter Berücksichtigung der politischen, regulatorischen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen wird für das Geschäftsjahr 2020 eine weitgehend stabile Ertragslage des LVV-Konzerns erwartet. Die Corona-Pandemie wird spürbare Auswirkungen auf die Ertragskraft des gesamten Konzerns haben, die so nicht im Konzernwirtschaftsplan berücksichtigt wurden.

Das adjustierte EBITDA soll im Jahr 2020 entsprechend der Konzernwirtschaftsplanung bei voraussichtlich 224,4 Mio. EUR und damit um 10,6 Mio. EUR über dem Wert des Geschäftsjahres 2019 liegen. Zum Ende der Mittelfristplanung wird ein EBITDA von 277,0 Mio. EUR prognostiziert. Die Steigerung des EBITDA ist insbesondere zur Sicherstellung einer marktüblichen Finanzierung für die vorgesehenen Investitionen notwendig. Es besteht daher der Anspruch, in den kommenden Jahren neben den bereits laufenden Aktivitäten konzernweit weitere Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die zu einem nachhaltigen Anstieg des EBITDA beitragen.

Der Investitionsplan des Konzerns sieht für das Geschäftsjahr 2020 ein Volumen von 411,9 Mio. EUR vor, 137,6 Mio. EUR mehr als im Geschäftsjahr 2019. Die geplanten Investitionen betreffen im Energiebereich im Wesentlichen das Zukunftskonzept Wärmeversorgung, welches Investitionen in dezentrale Erzeugungsanlagen verschiedener Energieträger sowie weiterer Wärmespeicherkapazitäten vorsieht. Außerdem sind der Ausbau dezentraler Blockheizkraft-

werke und die Modernisierung des GuD-Kraftwerks geplant. Im Mobilitätsbereich sind Investitionen hauptsächlich in neue Fahrzeuge und in das Netz vorgesehen, während im Geschäftsfeld Wasser die weitere inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung des Programms zur nachhaltigen Kanalsanierung sowie das kapazitätsbasierte Ausbaukonzept für das Klärwerk Rosental im Vordergrund des Investitionsgeschehens stehen.

Aufgrund des stetigen Anstiegs der Bilanzsumme wird sich trotz höher erwarteter Konzernjahresergebnisse die Eigenmittelquote für 2020 und mittelfristig leicht reduzieren.

Der Anstieg der Nettogesamtverschuldung beruht auf der weiteren Aufnahme langfristiger Darlehen zur Finanzierung der anspruchsvollen Investitionsvorhaben in allen Geschäftsfeldern mit dem Ziel, den Herausforderungen der wachsenden Stadt auch zukünftig erfolgreich begegnen zu können. Der dynamische Verschuldungsgrad wird im Geschäftsjahr 2020 voraussichtlich auf 3,9 ansteigen. Im Ergebnis werden jedoch die mit den Kreditgebern vereinbarten Obergrenzen von 25,0 % für die Eigenmittelquote und von 4,5 für den dynamische Verschuldungsgrad eingehalten und damit die zukünftige Kreditwürdigkeit des LVV-Konzerns gesichert.

Die Konzernwirtschaftsplanung geht für das Geschäftsjahr 2020 sowie mittelfristig von einer stabilen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus, die geeignet ist, die konzerninterne Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs aus eigenen Mitteln sicherzustellen.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sowie der hohen Volatilität des Ölpreises bleibt jedoch abzuwarten, ob die in den Wirtschaftsplänen niedergelegten Annahmen und Ziele zur wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns im Geschäftsjahr 2020 umgesetzt und erreicht werden können. Da das Ausmaß der jeweiligen Effekte derzeit jedoch nicht verlässlich eingeschätzt werden kann, erfolgte keine Anpassung der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2020. Gleichwohl geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Ziele der ursprünglichen Planung, insbesondere das Konzernjahresergebnis sowie das adjustierte EBITDA, voraussichtlich nicht erreicht werden können. Die einzelnen Unternehmen des LVV-Konzerns werden von den Auswirkungen der Corona-Pandemie in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sein.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Aufgrund der durch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst in §§ 36, 52 GmbHG aufgenommenen Regelungen müssen Unternehmen, die der gesetzlichen Mitbestimmung unterliegen, eigene Ziele für den Frauenanteil an Führungspositionen festlegen.

Der Aufsichtsrat der **LVV** hat für seine Zusammensetzung eine Zielgröße für den Frauenanteil von 30,0 % und deren Erreichung bis zum 31. Dezember 2019 beschlossen. Die Frauenquote im Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2019 liegt bei 30,0 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit dem festgesetzten Ziel.

Die neue Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat beträgt 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Für die Geschäftsführung der LVV wurde die festgelegte Zielgröße von 30 % bis zum 31. Dezember 2019 nicht erreicht. Der Aufsichtsrat hat zur Besetzung der Geschäftsführung eine strukturelle Entscheidung getroffen: Die LVV-Geschäftsführung soll sich aus den Geschäftsführern der Holding und ihrer Tochtergesellschaften zusammensetzen. Die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften werden insofern in Personalunion tätig. Die zur Umsetzung der personellen Veränderungen notwendigen Bestellungen erfolgten daher nicht aufgrund einer externen Personalsuche.

Der Aufsichtsrat hat für den Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung als neue Zielgröße mindestens 30 % und als Frist zur Erreichung der Zielgröße den 31. Dezember 2024 festgelegt. Bei der Besetzung sollen bei gleichwertiger Qualifikation Frauen bevorzugt Berücksichtigung finden, wenn bisher bestellte Geschäftsführer aus persönlichen oder Altersgründen ausscheiden beziehungsweise eine Vertragsverlängerung durch das zuständige Organ des Unternehmens abgelehnt wird.

Die Geschäftsführung der LVV beschloss bis zum 31. Dezember 2019 einen Frauenanteil in der oberen Managementebene der LVV in Höhe von 30,0 % zu erreichen. Die Frauenquote in der oberen Managementebene zum 31. Dezember 2019 liegt bei 0,0 %. Das Ziel wurde nicht erreicht. In der Zeit seit der Festlegung der Zielgröße sowie dem Ablauf der Frist erfolgte innerhalb der LVV eine strukturelle Veränderung. In diesem Zeitraum wurde keine Position innerhalb der ersten Führungsebene neu besetzt.

Für die mittlere Führungsebene wurde rein vorsorglich für den Fall, dass die LVV eine solche Ebene einführen sollte, eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt. Bei der LVV wurde bis zum 31. Dezember 2019 keine mittlere Führungsebene eingeführt.

Die neue Zielgröße zur Frauenquote in der oberen Managementebene beträgt 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden. Für die mittlere Führungsebene wird rein vorsorglich für den Fall, dass die LVV eine solche Ebene einführen sollte, eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt, welche bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden soll.

Die Gesellschafterversammlung der **Stadtwerke** hat auf Empfehlung des Aufsichtsrates gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates eine Zielgröße von 30,0 % bis zum 31. Dezember 2019 beschlossen. Die Frauenquote im Aufsichtsrat lag zum 31. Dezember 2019 bei 33,3 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen. Die neue Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat beträgt 30,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Bei der Besetzung von Geschäftsführerpositionen bei den Stadtwerken sollen bei gleichwertiger Qualifikation Frauen bevorzugt Berücksichtigung finden, wenn bisher bestellte Geschäftsführer aus persönlichen oder Altersgründen ausscheiden beziehungsweise eine Vertragsverlängerung durch das zuständige Organ des Unternehmens abgelehnt wird. Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke legt gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG als Zielgröße für den Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung 50,0 % und als Frist zur Erreichung der Zielgröße den 31. Dezember 2024 fest.

Die Geschäftsführung der Stadtwerke beschloss gemäß § 36 GmbHG, bis zum 31. Dezember 2019 einen Frauenanteil in der oberen Managementebene der Stadtwerke von 30,0 % sowie in der mittleren Managementebene von 34,8 % zu erreichen. Die Frauenquote auf der oberen Managementebene lag zum 31. Dezember 2019 bei 25,0 %. Das Ziel wurde nicht erreicht, da aufgrund der Neustrukturierung der Aufbauorganisation des Unternehmens weitere Bereiche im oberen Management entstanden sind, die nicht mit Frauen besetzt werden konnten. Die Frauenquote auf der mittleren Managementebene lag zum 31. Dezember 2019 bei 43,5 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen. Die neuen Zielgrößen zur Frauenquote betragen auf der oberen Managementebene 30,0 % und auf der mittleren Managementebene 35,0 %. Diese sollen jeweils bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Der Aufsichtsrat der **Verkehrsbetriebe** hat für seine eigene Zusammensetzung wie auch für die der Geschäftsführung der Verkehrsbetriebe eine Zielgröße von 30,0 % und deren jeweilige Erreichung bis zum 31. Dezember 2019 beschlossen. Die Frauenquote im Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2019 liegt bei 25,0 %. Die derzeitige Besetzung weicht von der festgesetzten Zielsetzung ab. Der Aufsichtsrat hat jedoch selbst keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Gremiums. Aus diesem Grund hatte er die Zuständigen aufgefordert, auf die festgesetzte Zielgröße hinzuwirken. Die neue Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat beträgt 25,0 % und soll bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden.

Bei der Besetzung von Geschäftsführerpositionen in den Verkehrsbetrieben sollen bei gleichwertiger Qualifikation Frauen bevorzugt Berücksichtigung finden, wenn bisher bestellte Geschäftsführer aus persönlichen oder Altersgründen ausscheiden beziehungsweise eine Vertragsverlängerung durch das zuständige Organ des Unternehmens abgelehnt wird. Der Aufsichtsrat legt gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 GmbHG für den Frauenanteil innerhalb der Geschäftsführung als Zielgröße mindestens 30 % und als Frist zur Erreichung der Zielgröße den 31. Dezember 2024 fest.

Die Geschäftsführung der Verkehrsbetriebe beschloss gemäß § 36 GmbHG, einen Frauenanteil in der oberen Managementebene der Verkehrsbetriebe in Höhe von 37,0 % sowie in der mittleren Managementebene in Höhe von 30,0 % bis zum 31. Dezember 2021 zu erreichen.

Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der **Wasserwerke** beträgt 30,0 %; die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Wasserwerke bleibt mit der derzeitigen Geschäftsführung bestehen. Weiterhin wurde festgelegt, an der bestehenden Frauenquote für die obere Managementebene der Wasserwerke von 30,0 % festzuhalten. Für die mittlere Führungsebene wurde eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt. Die festgelegten Zielgrößen sollen jeweils bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden.

Leipzig, den 29. April 2020

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Karsten Rogall

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Aktiva		in TEUR	
		31.12.2019	31.12.2018
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		990	0
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten		10.693	13.277
3. Geleistete Anzahlungen		6.487	2.196
		18.170	15.473
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		350.608	329.704
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.645.469	1.566.115
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		30.227	29.060
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		157.984	137.663
		2.184.288	2.062.542
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		24.729	20.041
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		2.590	2.936
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		13	13
4. Beteiligungen		118.898	118.763
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		4.469	4.469
6. Sonstige Ausleihungen		1.369	1.459
		152.068	147.681
		2.354.526	2.225.696
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		22.766	24.856
2. Unfertige Leistungen		4.425	5.474
3. Geleistete Anzahlungen		935	1.460
		28.126	31.790
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		304.829	330.114
Erhaltene Anzahlungen		-172.030	-208.734
		132.799	121.380
2. Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		2.817	2.655
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		207	247
4. Sonstige Vermögensgegenstände		49.438	47.869
		185.261	172.151
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		91.284	100.687
		304.671	304.628
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.240	3.662
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		278	386
		2.661.715	2.534.372

Passiva

in TEUR

	31.12.2019	31.12.2018
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	364.243	350.108
III. Gewinnrücklagen	179.150	154.993
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-5.237	-5.978
V. Konzernbilanzverlust	-131.208	-124.593
VI. Nicht beherrschende Anteile	92.742	95.199
	500.202	470.241
B. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens	587.712	566.565
C. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	134.495	128.442
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28.152	28.887
2. Steuerrückstellungen	10.623	7.150
3. Sonstige Rückstellungen	226.694	236.078
	265.469	272.115
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	730.943	683.196
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.932	3.626
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.903	91.347
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	10.280	15.677
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.129	2.467
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 6.544 TEUR (Vj.: 11.163 TEUR) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 324 TEUR (Vj.: 303 TEUR)	310.027	289.484
	1.159.214	1.085.797
F. Rechnungsabgrenzungsposten	14.122	10.685
G. Passive latente Steuern	501	527
	2.661.715	2.534.372

Konzerngewinn- und -verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2019	2018
1. Umsatzerlöse	2.819.203	2.803.730
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-1.049	1.974
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	17.876	14.268
4. Sonstige betriebliche Erträge	87.287	86.091
	2.923.317	2.906.063
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.240.583	2.252.346
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	60.888	57.456
	2.301.471	2.309.802
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	198.065	192.024
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 4.434 TEUR (Vj.: 4.450 TEUR)	43.501	41.412
	241.566	233.436
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	141.194	134.902
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	108	67
	141.302	134.969
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	175.231	154.655
	63.747	73.201
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 4.379 TEUR (Vj.: 6.139 TEUR)	8.874	10.280
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1	1
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	145	142
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	505	516
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 47 TEUR (Vj.: 43 TEUR)	1.227	1.179
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	3.568
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	672	767
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 0 TEUR (Vj.: 0 TEUR)	32.704	40.038
	-22.624	-32.255
17. Ergebnis vor Steuern	41.123	40.946
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: -26 TEUR (Vj.: -608 TEUR)	13.303	5.805
19. Ergebnis nach Steuern	27.820	35.141
20. Sonstige Steuern	5.353	4.566
21. Konzernjahresüberschuss	22.467	30.575
22. Nicht beherrschende Anteile	-4.925	-8.211
23. Konzernverlustvortrag	-124.593	-62.978
24. Entnahmen/Einstellungen Gewinnrücklagen	-24.157	-83.979
25. Konzernbilanzverlust	-131.208	-124.593

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

1 Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung

1.1 Allgemeine Angaben

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 13860 eingetragen.

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV-Konzern), zum 31. Dezember 2019 wird nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBilG) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

Das Gliederungsschema der Konzerngewinn- und -verlustrechnung wurde um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

1.2 Konzernabschlusstichtag und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag 31. Dezember 2019 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

Zum 31. Dezember 2019 ist die LVV mit folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar verbunden beziehungsweise an ihnen beteiligt:

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	Bau und Service	Wasserwerke	100,00	1.467	2.575 ¹
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	Stadtwerke LVB	90,00 10,00	47	3
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ²	GPEC	Stadtwerke	82,86	84.960	13.589
GPEC STAROGARD SP. Z O.O., Starogard Gdański, Polen ²	GPEC STAROGARD	GPEC	100,00	5.600	287
GPEC TCZEW SP. Z O.O., Tczew, Polen ²	GPEC TCZEW	GPEC	100,00	5.300	457
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig ³	IFTEC	LVB LIBV	50,00 0,00	7.743	344

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Wasserwerke	LVV	74,65	285.466	33.949 ⁴
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB	100,00	200	118 ¹
LAS GmbH, Leipzig	LAS	Stadtwerke	100,00	499	-73 ¹
Leipziger Kommunale Energieeffizienz GmbH, Leipzig	LKE	Stadtwerke	100,00	25	-123 ¹
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	271	116 ¹
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	LVB	100,00	354	115 ¹
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	0,4 ¹
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	1.966	241 ¹
LSI GmbH	LSI	Bau und Service	100,00	1.222	237
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LeoBus LVB	75,00 25,00	947	119
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	Stadtwerke	100,00	40.009	11.981 ¹
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Stadtwerke	LVV	100,00	260.601	67.385 ¹

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig ^{5,6}	FWNL	Stadtwerke	0,15	3.507	-37
GPEC EKSPERT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,6}	GPEC EKSPERT	GPEC	100,00	41	3
GPEC ENERGIA SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,6}	GPEC ENERGIA	GPEC	100,00	1.617	207
GPEC PELPLIN SP. Z O.O., Pelplin, Polen ^{2,6}	GPEC PELPLIN	GPEC	100,00	594	55
GPEC PRO SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,6}	GPEC PRO	GPEC	100,00	-3	-6
GPEC SERWIS SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,6}	GPEC SERWIS	GPEC	100,00	4.984	2.430
GPEC SYSTEM SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2,6}	GPEC SYSTEM	GPEC	100,00	7.345	615
Innvo Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig ^{6,7}	Innvo mbH	Stadtwerke	100,00	179	-6
KBL Kabelbau Leipzig GmbH, Leipzig ^{6,8}	KBL	Stadtwerke	100,00	1.557	1.221
Leipziger Windpark Management GmbH ^{6,7}	LWM	Stadtwerke	100,00	83	-7
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen ^{2,6}	Orchis	GPEC	100,00	975	45
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁶	Sportbäder	Wasserwerke	100,00	1.409	0
Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hørselberg-Hainich ^{6,7}	Tüngeda	LWM Stadtwerke	0,00 70,00	1.900	277
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁶	Wassergut	Wasserwerke	100,00	1.489	145 ¹

Assoziierte Unternehmen⁹

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigen- kapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ¹⁰	EVIL	Stadtwerke	50,00	252	2
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG, i. L., Leipzig ^{5, 10}	EuKG	Stadtwerke	25,75	2.718	-205
Leipziger Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{10, 11}	LEE KG	LEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	0	0
Leipziger Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{10, 11}	LEE GmbH	LEE KG	100,00	25	0
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig	LIBV	LVB	50,00	26	1
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale) ^{7, 10}	Meter1 KG	Meter1 GmbH Stadtwerke	0,00 33,33	280	-27
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) ^{7, 10}	Meter1 GmbH	Stadtwerke	33,33	34	1
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{10, 12}	MEE KG	MEE GmbH Stadtwerke	0,00 50,00	k. A.	k. A.
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{10, 12}	MEE GmbH	MEE KG	100,00	k. A.	k. A.
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Leipzig ¹⁰	VNG VuB	LVV	34,57	329	7
WEO GmbH & Co. KG, Berlin ^{7, 10}	WEO KG	WEO GmbH Stadtwerke	0,00 33,33	0 ¹³	-582
WEO Verwaltungs GmbH, Berlin ^{7, 10}	WEO GmbH	WEO KG	100,00	44	3

Weitere Beteiligungen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigen- kapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
8KU GmbH, Berlin ⁷	8KU	Stadtwerke	12,50	260	-8
beka GmbH, Köln ⁷	beka	LVB	0,47	1.154	34
Ennovatis GmbH, i. L., Großpösna ⁵	ennovatis	Innvo GmbH	6,27	-246	129
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz ⁷	enviaM	LVV	0,07 ¹⁴	1.750.245	202.523
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVV	4,92	378.879	54.804
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau	FEO	Wasser- werke	0,29	124.794	2.299
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig ⁷	Joblinge	Stadtwerke	6,25	75	0
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz ⁸	KBE	LVV	1,35	468.332	35.987
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale) ⁷	MDV	LVB	16,96	461	0
Mobility inside Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main ¹⁵	MiV	LVB	5,00	k. A.	k. A.
SAG Abwicklungs AG, i. L., Zwenkau ¹⁶	SAG	Innvo mbH	11,43	36.620	1.260
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen ⁷	TEE	Stadtwerke	3,46	80.842	1.576

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital TEUR	Ergebnis TEUR
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen ⁷	TEEV	TEE	100,00	107	36
VNG AG, Leipzig	VNG AG	LVV	7,46 ¹⁷	865.068	160.815

¹ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

² Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

³ die IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, ist gemäß § 264b HGB von Ihrer Verpflichtung befreit, einen handelsrechtlichen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften offenzulegen

⁴ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlung Minderheitsgesellschafter

⁵ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013

⁶ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

⁷ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018

⁸ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2019

⁹ die Anteile am gezeichneten Kapital entsprechen den Stimmrechten

¹⁰ Nichteinbeziehung assoziierter Unternehmen gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

¹¹ Angaben entsprechen dem Geschäftsjahr vom 21. September 2018 bis 31. Dezember 2018

¹² Gründung erfolgte im Jahr 2019 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor

¹³ nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 6.724

¹⁴ treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE

¹⁵ Gründung erfolgte im Dezember 2019

¹⁶ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

¹⁷ über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des LVV-Konzerns wird auf Grundlage der Richtlinie der LVV für die Erstellung des Konzernabschlusses und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Grundlage der Kapitalkonsolidierung sind die Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für alle bereits vor dem 1. Januar 2010 einbezogenen konsolidierten Unternehmen abweichend vom Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) Nr. 23 zulässigerweise nach der Buchwertmethode.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Für den erfolgten Verkauf von Anlagevermögen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurde auf eine Eliminierung der Zwischenergebnisse entsprechend § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum ungewichteten Durchschnittskurs des Geschäftsjahres in Euro umgerechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen werden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt.

Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Ein sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresüberschusses im Rahmen der Ergebnisfortschreibung ergebender negativer Beteiligungsbuchwert wird in einer Nebenrechnung erfasst und so lange nicht in der Bilanz berücksichtigt, bis sich aus der Fortschreibung durch anteilige Jahresüberschüsse ein positiver Buchwert ergibt.

2 Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, werden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände und sonstiger Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten enthalten.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 248 Abs. 2 werden erstmalig bei bedeutenden Sachverhalten selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Diese betreffen insbesondere die Eigenentwicklung von Softwarelösungen, welche über eine Nutzungsdauer von 3 Jahren linear abgeschrieben werden.

Unentgeltlich übernommene Anlagegüter wurden zum Zeitpunkt der Übertragung mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Darüber hinaus werden im Fall von dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Im Fall, dass wirtschaftlich wesentliche Bestandteile eines Vermögensgegenstandes eine abweichende Nutzungsdauer aufweisen und diese Bestandteile physisch separierbar sind, wird eine komponentenweise planmäßige Abschreibung angewendet.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall 800,00 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben. Bei Wirtschaftsgütern, deren Wert 250,00 EUR nicht überschreitet, werden die Anschaffungskosten sofort als Aufwand erfasst.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen werden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Soweit erforderlich, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen. Ausleihungen werden zum Nennwert bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten werden neben Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen.

Geleistete Anzahlungen auf Vorräte werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder unter Beachtung des Realisationsprinzips für langfristige Positionen (§ 256a HGB) zum niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Sofern Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, sind Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen worden.

Sofern es sich bei den sonstigen Vermögensgegenständen um Deckungsvermögen zur Absicherung von Altersteilzeitverpflichtungen beziehungsweise Wertkonten handelt, erfolgt gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB eine Saldierung mit den entsprechenden Rückstellungen.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nennwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben gebildet, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** ist korrespondierend mit der Rückstellungsbildung in der D-Markeröffnungsbilanz abzüglich zwischenzeitlicher Auflösungen und Verbräuche der betreffenden Rückstellungen angesetzt.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasipermanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Die einbezogenen Unterschiede beziehen sich nicht nur auf eigene Bilanzposten der LVV, sondern auch auf solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Weiterhin hat die Gesellschaft latente Steuern auf Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen, berücksichtigt. Dieser Einschätzung liegen Planungsrechnungen der LVV zugrunde. Die Berechnung erfolgt für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen

kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % beziehungsweise im Fall von zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften findet ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Für das Geschäftsjahr ergibt sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen im Organkreis. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Vorräten, sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen, Forderungen, Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 18 „Latente Steuern“ wird auf eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen erwartetem und ausgewiesenem Steueraufwand in Form einer Überleitungsrechnung verzichtet.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen (Schuldenkonsolidierung) resultierenden **passiven latenten Steuern** (501 TEUR) sind mit einem kombinierten Ertragsteuersatz von rund 22,3 % unter Berücksichtigung anteiliger Mindestbesteuerung berechnet und entsprechend § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übernommenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die jeweilige Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände beziehungsweise bei deren Abgang vollständig ertragswirksam aufgelöst werden. Die im Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Emissionsberechtigungen ausgewiesenen Rechte wurden zum Erinnerungswert bilanziert.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für bis zum 31. Dezember 2002 erhaltene Baukostenzuschüsse. Für erhaltene Baukostenzuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der betreffenden Anlagen.

Ab der Preisperiode 2016/2017 haben die Wasserwerke kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) gemäß § 13 Abs. 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Nach § 13 Abs. 4 SächsKAG sind, sofern Abschreibungen auf Basis von WBZW zugrunde gelegt werden, sich daraus gegenüber einer Kalkulation mit Anschaffungs- und Herstellungskosten ergebende Mehrerträge einem Sonderposten zuzuführen und wie ein Ertragszuschuss zu behandeln. Der Sonderposten wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen in der Position Sonderposten für Baukostenzuschüsse gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist der Sonderposten unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig ertragswirksam aufzulösen. Im Jahr 2017 wurden getätigten Investitionen erstmalig Beträge aus dem angesammelten Sonderposten zugeordnet. Die daraus resultierenden Auflösungsbeträge belaufen sich im Jahr 2019 auf 461 TEUR.

Für **Pensionszusagen, Jubiläumszahlungen und Altersteilzeitverpflichtungen** sowie für ausgewählte Personalrückstellungen werden Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 2,71% (Vj.: 3,21 %) gebildet. Die Bewertung erfolgt nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode, dem Teilwertverfahren sowie der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 19. Juni 2013. Für die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von bis zu 5,0 % unterstellt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.888 TEUR.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) bei einem Rechnungszins von 2,0 % sowie künftiger Gehaltsanpassungen von 4,0 % und Fluktuationsraten von bis zu 14,8 % gebildet.

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionsanwärter beziehungsweise Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung langfristiger Verpflichtungen aus Altersteilzeit beziehungsweise Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

In den sonstigen Rückstellungen werden die unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate zur Erfüllung der Rückgabeverpflichtung zum Erinnerungswert erfasst.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wird jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden langfristige Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet. Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten Barwertvorteile wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungskosten von 990 TEUR aktiviert, welche in voller Höhe selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände betreffen.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene nicht konsolidierte Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen.

Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen werden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse des Geschäftsjahres 2019 und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresfehlbetrages der WEO GmbH & Co. KG, Nürnberg, im Rahmen der Ergebnisfortschreibung ergebende negative Beteiligungsbuchwert von 2.450 TEUR wird in einer Nebenrechnung erfasst und fortgeführt.

Die **Vorräte** enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen, die mit einem Erinnerungswert angesetzt sind (Marktwert zum 31. Dezember 2019: 1.607 TEUR).

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt 269.758 TEUR enthalten. Erhaltene Anzahlungen von 172.030 TEUR werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter Stadt Leipzig mit 18.682 TEUR (Vj.: 13.509 TEUR) enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen** betreffen 170 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie 2.647 TEUR sonstige Vermögensgegenstände und von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen 3 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt von 18.088 TEUR ausgewiesen.

Von den Forderungen haben 10 TEUR (Vj.: 16 TEUR) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 204 TEUR (Vj.: 244 TEUR) der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und 475 TEUR (Vj.: 498 TEUR) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2019 mit 108 TEUR abgeschrieben.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die **Kapitalrücklage** entwickelte sich wie folgt:

Kapitalrücklage	in TEUR
Anfangsstand 1. Januar 2019	350.108
Einlage der Stadt Leipzig	14.135
Endstand 31. Dezember 2019	364.243

Die **Kapitalrücklage** hat sich im Geschäftsjahr 2019 durch Kapitaleinlagen des Gesellschafters um 14.135 TEUR erhöht.

Im Posten **nicht beherrschende Anteile** in der Bilanz von 92.742 TEUR sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL), an den Wasserwerken, der Stadt Gdańsk an der GPEC sowie der Siemens AG an der IFTEC erfasst. Der diesen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn von 4.925 TEUR ist in diesem Bilanzposten verrechnet und in der Konzerngewinn- und -verlustrechnung separat im Posten nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens** sind mit 58.618 TEUR Zugänge sowie mit 927 TEUR Abgänge erfasst. Der Sonderposten wurde mit 36.720 TEUR ertragswirksam aufgelöst. Des Weiteren erhöhte sich der Sonderposten aufgrund der Berücksichtigung von Währungsdifferenzen (175 TEUR).

Bei den **Baukostenzuschüssen** stehen Zugängen des Geschäftsjahres 2019 von 13.202 TEUR ertragswirksame Auflösungen von 7.044 TEUR und Abgänge von 104 TEUR gegenüber.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden bei den inländischen Unternehmen entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils 539 TEUR. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen 680 TEUR. Der im Geschäftsjahr 2019 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (19 TEUR) ist in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (19 TEUR) saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr auch Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für drohende Verluste (43.556 TEUR), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (34.085 TEUR), für ausstehende Rechnungen (31.459 TEUR), für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (24.829 TEUR), für die Beseitigung ökologischer Schäden (21.114 TEUR), für Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (12.473 TEUR), für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte gemäß § 9 GBBerG (6.675 TEUR) sowie für Abwasser- und Konzessionsabgaben (12.071 TEUR). Aus der Umgliederung von bisher kurzfristigen Rückstellungen in den mittel- bis langfristigen Bereich und der Änderung des Diskontierungssatzes resultierte ein Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen von 988 TEUR.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalarückstellungen für Wertkonten** (6.936 TEUR) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen 6.887 TEUR. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände beläuft sich auf 6.887 TEUR und der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt stichtagsbedingt 6.936 TEUR. Der Zinsaufwand aus der Dotierung der rückgedeckten Verpflichtungen (9 TEUR) wurde mit dem Zinsertrag aus den Rückdeckungsversicherungen (9 TEUR) verrechnet.

Der Betrag der Überdeckung von langfristigen Rückstellungen, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten wurde, beläuft sich auf 18 TEUR.

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (Vorjahr)	von einem bis zu fünf Jahren (Vorjahr)	über fünf Jahre (Vorjahr)	Gesamt 31.12.2019 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	98.159 (84.627)	196.723 (239.934)	436.061 (358.635)	730.943 (683.196)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.932 (3.626)	0 (0)	0 (0)	2.932 (3.626)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.900 (91.347)	3 (0)	0 (0)	100.903 (91.347)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	10.280 (15.677)	0 (0)	0 (0)	10.280 (15.677)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.129 (2.467)	0 (0)	0 (0)	4.129 (2.467)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	36.180 (55.637)	1.001 (21.605)	272.846 (212.242)	310.027 (289.484)
	252.580 (253.381)	197.727 (261.539)	708.907 (570.877)	1.159.214 (1.085.797)

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen mit 6.935 TEUR (Vj.: 7.011 TEUR) Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen** betreffen 5.320 TEUR sonstige Verbindlichkeiten, 4.943 TEUR Verbindlichkeiten aus Cash Management, 13 TEUR Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und 4 TEUR Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten Verpflichtungen von 232.846 TEUR (Vj.: 237.846 TEUR) aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig. Auf Grundlage der zwischen der Stadt Leipzig und der LVV am 29. Juni 2009 geschlossenen Rangrücktritts- und Kapitalbelassungsvereinbarung tritt die Stadt Leipzig mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten, befristeten oder gesetzlichen Ansprüche aller übrigen Gläubiger im Rang zurück. Die Stadt Leipzig verpflichtet sich weiter, während der Dauer der vorliegenden Vereinbarung das Gesellschafterdarlehen bei der LVV zu belassen.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr betreffen eine im Geschäftsjahr 2019 geleistete Tilgung von 5.000 TEUR. Neben einer weiteren Tilgung ist im Folgejahr auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung vom 22. Mai 2019 die Umwandlung des verbleibenden Restbetrages des Gesellschafterdarlehens in Eigenkapital vorgesehen.

In Umsetzung des Ratsbeschlusses der Stadt Leipzig vom 11. November 2009 erklärte die Stadt Leipzig gegenüber der LVV in der am 1. April 2010 abgegebenen Freigabeerklärung, dass sie alle im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen bisher zu ihren Gunsten bestellten Pfandrechte an den Geschäftsanteilen der Wasserwerke und Stadtwerke vollständig und unbedingt freigegeben hat.

In den **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen von 45.000 TEUR enthalten.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der Wasserwerke und Verkehrsbetriebe von 2.365 TEUR, die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden unter anderem das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen von 7.098 TEUR erfasst.

2.3 Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen 2.479.357 TEUR auf den Energiegroßhandel und auf Energielieferungen, 158.450 TEUR auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, 122.113 TEUR auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie 59.283 TEUR auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden 2.694.359 TEUR in der Bundesrepublik Deutschland und 124.843 TEUR in der Republik Polen erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Umsätze von 15.970 TEUR.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge von 37.699 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (21.127 TEUR), Erträge aus Prozesskostenerstattungen (7.157 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und dem Eingang von ausgebuchten Forderungen (3.952 TEUR) sowie Erträge aus dem Abschluss strittiger Geschäftsvorfälle (2.800 TEUR). Die Erträge aus Fremdwährungsgewinnen betragen 27 TEUR (Vj.: 29 TEUR), davon sind 14 TEUR unrealisiert.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von 7.040 TEUR.

In den **Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von 3.210 TEUR enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind periodenfremde Aufwendungen von 13.435 TEUR enthalten, davon betreffen 5.531 TEUR Wertberichtigungen und Abschreibungen von Forderungen, 3.084 TEUR Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie 2.541 TEUR die Rückstellungsbildung für Abwasserabgabe. Aufwendungen für Fremdwährungsverluste liegen in Höhe von 1 TEUR (Vj.: 0 TEUR) vor.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind 289 TEUR (Vj.: 484 TEUR) aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind 2.235 TEUR (Vj.: 7.858 TEUR) aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von 417 TEUR, die sich im Wesentlichen aus Steuererstattungen für Vorjahre ergaben. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von 229 TEUR, die sich aus Steuernachzahlungen für Vorjahre und Aufzinsung von Rückstellungen ergaben.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** enthalten periodenfremde Steueraufwendungen von 2.153 TEUR.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Konzernjahresüberschuss von 22.467 TEUR ab.

Unter Berücksichtigung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse (nicht beherrschende Anteile) von 4.925 TEUR, des Konzernverlustvortrages von 124.593 TEUR und der Einstellung des Vorjahresergebnisses der LVV von 24.157 TEUR in die Gewinnrücklagen verbleibt ein Konzernbilanzverlust von 131.208 TEUR.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2019 von 15.402 TEUR in die Gewinnrücklagen der LVV einzustellen.

4 Ergänzende Angaben

4.1 Haftungsverhältnisse

Im Konzern bestehen Haftungsverhältnisse von 64.144 TEUR. Davon betreffen 45.524 TEUR Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft der IFTEC in einer Bietergemeinschaft. Da die Bietergemeinschaft ihre Leistungen bisher vertragsgerecht erfüllt, ist davon auszugehen, dass mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Darüber hinaus haben die Wasserwerke im Jahr 2006 gegenüber der HypoVereinsbank für das Tochterunternehmen Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig, eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen abgegeben, die vorrangig zur Investitionsfinanzierung für eine Schwimmhalle und zur Absicherung des Bäderbetriebes dienen (Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2019: 1.025 TEUR). Eine Inanspruchnahme der Wasserwerke ist langfristig nahezu auszuschließen, da eine auskömmliche Finanzierung des Tochterunternehmens im Rahmen vertraglicher Zuwendungen der Stadt Leipzig erfolgt (Bäderleistungsfinanzierungsvertrag bis 2022).

Weiterhin bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften (CBL).

4.1.1 Klärwerketransaktion (Wasserwerke)

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die von den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt. Der Saldo der Fremdmittel-Zahlungsinstrumente zum Jahresende 2019 liegt bei circa 162,0 Mio. USD.

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Wasserwerken durch ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen gesichert hat. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2019 lag dieser Differenzbetrag bei circa 38,0 Mio. USD. Für diesen Differenzbetrag sind

zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

4.1.2 Straßenbahntransaktion 2005 (Verkehrsbetriebe)

Die Verkehrsbetriebe haften für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem im Jahr 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden (SEB) abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von 22.906 TEUR. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis abgedeckt, der beim Leasinggeber hinterlegt ist. Zum Bilanzstichtag betragen die ausstehenden Leasingverbindlichkeiten 17.595 TEUR. An den Vermögensgegenständen des Leasinggeschäfts wurde zugunsten der Verkehrsbetriebe ein Pfandrecht bestellt. Aufgrund der Struktur der Transaktion und der vorliegenden Informationen wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen sowie Investitionen von 133.272 TEUR.

Davon bestehen Verpflichtungen aus operativem Leasing für Erzeugungsanlagen über 36.767 TEUR. Aus zwei abgeschlossenen Leasingverträgen ergeben sich Verpflichtungen jeweils bis zum Jahr 2021 und 2024. Bei diesen Leasingverträgen enthalten zukünftige Zahlungen einen variablen Zinsanteil, der auf Basis des Dreimonats-EURIBOR berechnet wird. Zinsanteile werden in den ausgewiesenen Verpflichtungen aus operativem Leasing für die oben genannten Verträge nicht dargestellt. Das operative Leasing bezieht sich auf die beiden Biomasse(heiz)kraftwerke. Vorteile dieser Geschäfte liegen im Wesentlichen in der Finanzierung durch den Leasinggeber, Nachteile ergeben sich aus hohen langfristigen Aufwendungen und der fehlenden Eigentümerstellung.

Aus Energiebeschaffung bestehen Verpflichtungen aus dem OTC-Handel für Strom, Gas und Emissionszertifikate von 1.278.391 TEUR.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 3.843 TEUR aus noch nicht eingeforderten Kapitaleinlagen, ausstehenden Kommanditeinlagen, aus der Gewährung von Darlehen sowie aus Zahlung eines Zusatzkaufpreises, davon gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen von 1.500 TEUR.

Das Bestellobligo beläuft sich auf 110.845 TEUR.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2019 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,2 % und Zusatzbeiträge von 4,6 % (davon teilweise 2,3 % Arbeitnehmeranteil) der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung einer bestehenden Deckungslücke der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten.

Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der ausgewiesenen Finanzderivate wie folgt dar:

Commodity-Derivate

in TEUR

	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	31.12.2019	
			Buchwert	
			Aktiva	Passiva
Commodity-Derivate ¹	1.417.042	502	0	58 ²

¹ Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

² ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von **Commodity-Derivaten** in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Über geregelte Märkte (Börsen) oder Finanzinstitute erworbene Finanzinstrumente (Derivate, Emissionszertifikate) werden in Anlehnung an § 1 Abs. 11 KWG als Commodity-Derivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (721,4 Mio. EUR) und Verkaufsverträge (695,6 Mio. EUR) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2022.

Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte werden nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolios zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig. Für die Eigenhandelsportfolien Gas und CO₂ sind zum 31. Dezember 2019 Rückstellungen aus Bewertungseinheiten von 58 TEUR gebildet worden.

Im Bereich des Endkundenmarktes wurden Vertragsportfolios nach IDW RS ÖFA 3 für Strom und Gas gebildet. Die Portfolios umfassen derzeit die jeweils für die Jahresscheiben 2020, 2021 und 2022 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Die Absatzgeschäfte betreffen verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Kundenabsatz. Diesen werden Beschaffungsgeschäfte entgegengestellt, welche kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte beinhalten. Zudem werden in der Portfoliobetrachtung die direkt zuordenbaren Gemeinkosten auf Basis des Deckungsbeitrages IV berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2019 sind (diskontierte) Drohverlustrückstellungen von 1,1 Mio. EUR zugeführt worden.

Weiterhin wurden im Bereich der Fernwärme Portfolios aus Fernwärmebezugs-, -absatz- und Ölabsicherungsverträgen gebildet. In die Portfolios wurden auch die relevanten Kraftwerkskapazitäten zur Fernwärmeerzeugung einbezogen. Die Absatzgeschäfte umfassen größtenteils verbindliche Absatzverträge mit Kunden, welche teilweise ölpreisabhängig sind. Diese Preisrisiken werden durch finanzwirtschaftliche Geschäfte abgesichert.

Bei der Bilanzierung der Bewertungseinheiten wurde jeweils die Einfrierungsmethode angewandt.

4.4 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Michael M. Theis,
Geschäftsführer Wasser, Kommunikation und Presse, Personal, Sprecher der Geschäftsführung,
Arbeitsdirektor (ab dem 1. Januar 2019),
- Herr Ulf Middelberg,
Geschäftsführer Mobilität, Konzernentwicklung, Marke, Digitalisierung,
- Herr Volkmar Müller,
Geschäftsführer Revision, Recht, Gremienmanagement, Finanz- und Risikomanagement,
Rechnungswesen und Steuern,
- Herr Karsten Rogall,
Geschäftsführer Energie, Informationstechnik, Beteiligungscontrolling.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden den Mitgliedern der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

in TEUR

	Festes Jahres- grund- gehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgs- abhängige Vergü- tungen	Gesamt- vergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Alters- ver- sorgung¹	Alters- versorgung (Beitrags-) Aufwand
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
Michael M. Theis	240 ² (160)	10 (6)	30 ³ (0)	280 (166)	0 (0)	A (A)	30 (18)
Ulf Middelberg	220 (147)	9 (6)	30 ³ (0)	259 (153)	0 (0)	A (A)	30 (25)
Volkmar Müller	220 (220)	13 (11)	51 ⁴ (34)	284 (265)	0 (0)	A (A)	30 (30)
Karsten Rogall	220 (147)	13 (9)	37 ³ (0)	270 (156)	0 (0)	A (A)	30 (30)
	900 (674)	45 (32)	148 (34)	1.093 (740)	0 (0)		120 (103)

¹ A – beitragsorientierte Leistungszusage

² inklusive Sprecherzulage

³ Zahlung Erfolgsprämie für 2018 im Jahr 2019

⁴ Zahlung Erfolgsprämie anteilig für 2017 und für 2018 im Jahr 2019

Für die Geschäftsführertätigkeit bei Tochtergesellschaften sind 656 TEUR an diese weiterverrechnet.

Bezüge an frühere Mitglieder der Geschäftsführung ergeben sich wie folgt:

in TEUR

	Festes Jahres- grund- gehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgs- abhängige Vergü- tungen	Gesamt- vergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Alters- ver- sorgung¹	Alters- versorgung (Beitrags-) Aufwand
Dr. Norbert Menke	60	3	63 ²	126	0	A	0

¹ A – beitragsorientierte Leistungszusage

² Zahlung Erfolgsprämie für 2018 und anteilig für 2019 im Jahr 2019

Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind 462 TEUR (Vj.: 478 TEUR) zurückgestellt.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Anteilseignervertreter	
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates (bis zum 30. September 2019, ab dem 18. November 2019)	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Erster Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen, Stadt Leipzig
Siegbert Droese (ab dem 1. Oktober 2019)	Mitglied des Deutschen Bundestages
Katharina Krefft	Ärztin, HELIOS Park-Klinikum Leipzig GmbH
Dr. Gesine Märtens (ab dem 1. Oktober 2019)	Staatssekretärin im Sächsischen Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG)
Sven Morlok	Staatsminister, a. D.
Heiko Oßwald	Sachgebietsleiter, Finanzamt Leipzig II
Franziska Riekewald (ab dem 1. Oktober 2019)	Wahlkreismitarbeiterin, Deutscher Bundestag, Mitglied des Deutschen Bundestages Sören Pellmann
Claus-Uwe Rothkegel	Geschäftsführer, Rothkegel BauFachhandel GmbH
Steffen Wehmann (ab dem 1. Oktober 2019)	Mitarbeiter Finanzen/Banken, Konsum Leipzig eG
Reiner Engelmann (bis zum 30. September 2019)	Rentner, Dozent, Universität Leipzig
Dr. Ilse Lauter (bis zum 30. September 2019)	Rentnerin
Andrea Niermann (bis zum 30. September 2019)	Richterin, Landgericht Leipzig
Frank Tornau (bis zum 30. September 2019)	Geschäftsführer, Saxonia Network Systems GmbH

Arbeitnehmervertreter

Ines Kuche Stellvertretende Vorsitzende	Stellvertretende Landesbezirksleiterin, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Norman Friske	Bezirksleiter Leipzig, IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Susann Frölich	Betriebsratsvorsitzende, Stadtwerke Leipzig GmbH
Jens Herrmann-Kambach	Betriebsrat, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Katja Hübner	Betriebsratsvorsitzende, LAS GmbH
Armin Krück	Betriebsratsvorsitzender, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Peter Kubiak	Sachbearbeiter Koordination Telekommunikation, Netz Leipzig GmbH
Nico Langhammer	Sachbearbeiter Technik/Automatisierungstechnik, Bau und Service Leipzig GmbH
Peter Lintzel	Bereichsleiter Erzeugung, Stadtwerke Leipzig GmbH
Paul Pjanow (ab dem 16. August 2019)	Gewerkschaftssekretär, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Leipzig-Nordsachsen
Stefan Hilbig (bis zum 30. Juni 2019)	Landesbezirksfachbereichsleiter, Fachbereich Besondere Dienstleistungen ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2019 folgende Vergütung und Sitzungsgelder:

in EUR

Anteilseignervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Burkhard Jung Vorsitzender des Aufsichtsrates (bis zum 30. September 2019, ab dem 18. November 2019)	1.000,00	2.750,00
Torsten Bonew	1.000,00	1.250,00
Siegbert Droese (ab dem 1. Oktober 2019)	250,00	500,00
Katharina Krefft	1.000,00	2.250,00
Dr. Gesine Märtens (ab dem 1. Oktober 2019)	250,00	250,00
Sven Morlok	1.000,00	2.250,00
Heiko Oßwald	1.000,00	2.250,00
Franziska Riekewald (ab dem 1. Oktober 2019)	250,00	500,00
Claus-Uwe Rothkegel	1.000,00	1.625,00
Steffen Wehmann (ab dem 1. Oktober 2019)	250,00	375,00
Reiner Engelmann (bis zum 30. September 2019)	1.000,00	1.250,00
Dr. Ilse Lauter (bis zum 30. September 2019)	1.000,00	750,00
Andrea Niermann (bis zum 30. September 2019)	1.000,00	500,00
Frank Tornau (bis zum 30. September 2019)	750,00	1.250,00
	10.750,00	17.750,00

in EUR

Arbeitnehmervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Ines Küche Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	2.250,00
Norman Friske	1.000,00	1.750,00
Susann Frölich	1.000,00	2.250,00
Jens Herrmann-Kambach	1.000,00	1.750,00
Katja Hübner	1.000,00	2.000,00
Armin Krück	1.000,00	2.000,00
Peter Kubiak	1.000,00	2.750,00
Nico Langhammer	1.000,00	2.250,00
Peter Lintzel	1.000,00	2.250,00
Paul Pjanow (ab dem 16. August 2019)	416,67	500,00
Stefan Hilbig (bis zum 30. Juni 2019)	500,00	1.250,00
	9.916,67	21.000,00

4.5 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2019 berechnete Gesamthonorar beträgt 364 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 307 TEUR, auf andere Bestätigungsleistungen 24 TEUR sowie auf Steuerberatungsleistungen 32 TEUR. Im Gesamthonorar sind Leistungen von 28 TEUR für Vorjahre enthalten.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt 376 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 366 TEUR sowie auf sonstige Leistungen 10 TEUR. Im Gesamthonorar sind 55 TEUR für Vorjahre enthalten.

4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)

	2019	2018
Angestellte	1.902	1.867
Gewerbliche Mitarbeiter	2.922	2.854
	4.824	4.721

5 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nicht bereits im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 sowie im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 Erwähnung fanden, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 29. April 2020

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Ulf Middelberg



Volkmar Müller



Karsten Rogall

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					31.12.2019
	01.01.2019	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0	990	0	0	990
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	141.956	32	693	2.298	1.508	143.471
3. Geleistete Anzahlungen	2.196	0	5.041	-714	36	6.487
	144.152	32	6.724	1.584	1.544	150.948
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	626.586	2.391	8.677	23.541	1.788	659.407
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.934.843	628	128.958	66.070	17.901	4.112.598
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	93.529	97	10.543	1.333	4.188	101.314
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	137.663	27	114.258	-92.528	1.162	158.258
	4.792.621	3.143	262.436	-1.584	25.039	5.031.577
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	20.354	145	4.594	0	51	25.042
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	2.936	5	0	0	351	2.590
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	75.162	0	0	0	0	75.162
4. Beteiligungen	119.731	1	513	0	378	119.867
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	0	0	0	0	6.330
6. Sonstige Ausleihungen	1.716	0	42	0	132	1.626
	226.229	151	5.149	0	912	230.617
	5.163.002	3.326	274.309	0	27.495	5.413.142

in TEUR

Kumulierte Abschreibungen							Buchwerte	
01.01.2019	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018
0	0	0	0	0	0	0	990	0
128.679	7	4.388	0	0	296	132.778	10.693	13.277
0	0	0	0	0	0	0	6.487	2.196
128.679	7	4.388	0	0	296	132.778	18.170	15.473
296.882	934	12.781	2	0	1.800	308.799	350.608	329.704
2.368.728	470	113.997	-2	-70	15.994	2.467.129	1.645.469	1.566.115
64.469	75	9.757	0	0	3.214	71.087	30.227	29.060
0	3	271	0	0	0	274	157.984	137.663
2.730.079	1.482	136.806	0	-70	21.008	2.847.289	2.184.288	2.062.542
313	0	0	0	0	0	313	24.729	20.041
0	0	0	0	0	0	0	2.590	2.936
75.149	0	0	0	0	0	75.149	13	13
968	1	0	0	0	0	969	118.898	118.763
1.861	0	0	0	0	0	1.861	4.469	4.469
257	0	0	0	0	0	257	1.369	1.459
78.548	1	0	0	0	0	78.549	152.068	147.681
2.937.306	1.490	141.194	0	-70	21.304	3.058.616	2.354.526	2.225.696

Konzerneigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Eigenkapital des Mutterunternehmens						
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen		Eigenkapi- taldifferenz aus Wäh- rungsum- rechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzern- jahres überschuss/ -fehlbetrag, der dem Mutter- unterneh- men zuzu- rechnen ist	Summe
		Kapital- rücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen				
Stand am 31. Dezember 2017	512	332.337	71.014	-3.718	-167.707	104.728	337.166
Kapitalerhöhung/-herabsetzung	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	17.771	83.979	0	-83.979	0	17.771
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	-2.260	0	0	-2.260
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	188.707	-166.342	22.365
Stand am 31. Dezember 2018	512	350.108	154.993	-5.978	-62.979	-61.614	375.042
Kapitalerhöhung/-herabsetzung	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	14.135	24.157	0	-24.157	0	14.135
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	741	0	0	741
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	-37.458	55.000	17.542
Stand am 31. Dezember 2019	512	364.243	179.150	-5.237	-124.594	-6.614	407.460

in TEUR

			Nicht beherrschende Anteile	Konzerneigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungsrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Eigenkapitaldifferenz aus Währungsrechnung	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
87.115	-379	14.183	100.919	438.085
0	0	0	0	0
0	0	0	0	17.771
-13.950	0	0	-13.950	-13.950
0	0	0	0	-2.260
20	0	0	20	20
0	0	0	0	0
14.183	24	-5.997	8.210	30.575
87.368	-355	8.186	95.199	470.241
0	0	0	0	0
0	0	0	0	14.135
-7.380	0	0	-7.380	-7.380
0	0	0	0	741
-2	0	0	-2	-2
0	0	0	0	0
8.186	-24	-3.237	4.925	22.467
88.172	-379	4.949	92.742	500.202

Konzernkapitalflussrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2019	2018
Konzernjahresüberschuss	22.468	30.575
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	141.194	134.902
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	3.568
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	108	67
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-10.691	-10.014
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-36.720	-34.340
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-419	-419
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	2.514	1.005
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	1.049	-13.726
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	3.664	-10.360
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	-12.900	6.572
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-16.159	-1.256
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	1.124	78
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	31.477	38.859
Beteiligungserträge (-)	-9.020	-10.423
(+/-) Aufwendungen/Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0	-1.335
(+) Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0	0
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	13.303	5.805
Ertragsteuerauszahlungen (-)	-5.673	-9.190
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	125.319	130.366
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	3.677	1.290
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-6.724	-3.375
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-262.436	-190.040
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.149	-318
(+) erhaltene Zinsen	640	1.467
(+) erhaltene Beteiligungserträge	8.933	10.478
(+) Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen	1.121	431
(-) Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen	-1.176	-1.162
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-261.113	-181.228
Einlagen der Gesellschafterin	14.135	17.771
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	175.283	47.008
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-83.137	-75.862
Ausschüttungen	-7.380	-13.950
(+) Einzahlungen aus Zuschüssen	57.350	57.667
(-) gezahlte Zinsen	-29.891	-30.546
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	126.360	2.089
Veränderung des Finanzmittelfonds	-9.434	-48.773
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	100.687	149.373
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	31	87
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	91.284	100.687
davon: Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	91.284	100.687
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	91.284	100.687

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 30. April 2020

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Strom
Wirtschaftsprüfer



Hesche-Zurek
Wirtschaftsprüferin



Impressum

Herausgeber

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH
Reichsstraße 4
Speck's Hof/Aufgang A
D-04109 Leipzig

Tel.: 0341 355300-0
Fax: 0341 355300-10
lvv@L.de
www.L.de

Verantwortlich

Michael M. Theis
(Sprecher der Geschäftsführung),
Ulf Middelberg (Geschäftsführer),
Volkmar Müller (Geschäftsführer),
Karsten Rogall (Geschäftsführer)

Konzept und Gestaltung

Centralgestalt GmbH
www.centralgestalt.de

PDF-Download

www.L.de/geschaeftsbericht